

Ersteinstufig täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.80 Mk.
halbjährlich 3.40 Mk.
jährlich 6.40 Mk.
Durch die Post bezogen
1.60 Mk. extra Beleggeb.

„Die Neue Welt“
(Anhaltungsbeilage),
monatlich 10 Pfg.

Versprech-Anschluß:
Redaktion: Nr. 988,
Expedition: Nr. 1047,
Eisengasse-Druckerei,
Hohlefeld-Verlagsanst.

Sozialistische

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 6 gespaltene
Zeilen ober deren Raum
30 Pfennig.
Für annahmefähige Anzeigen
25 Pfennig.
Im reaktionären Geiste
helft bei Preis 75 Pfennig.

Insertion
für die fällige Nummer
müssen (spätestens die vor-
mittags) bis 10 Uhr von
Expedition angegeben
sein.

Eingetragen in die
Polizeianzeige.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Rüftet das Maifest der Arbeit! Genossen und Genossinnen!

Die Arbeiterklasse in allen Ländern rüftet wiederum zur gewaltigen Kundgebung am ersten Mai.

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai für die große Kulturforderung des **Wochentags**. Während sich die Kapitalisten in mächtigen Unternehmungsverbänden organisieren, um jedem Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit verstärkten Widerstand entgegenzusetzen, bekräftigen wir unsere Entschluß, den achtstündigen Arbeitstag zu erkämpfen. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Zeit für die Familie, für die Fortbildung, für Freude, für die Betätigung im öffentlichen Leben — das sei unsere Forderung!

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai für die Erwerbung der politischen Rechte. Junkertum und Kapitalmacht erhalten die Arbeiterschaft Deutschlands in schändlicher Entredung. Es gilt immer wieder tatkräftig den Kampf aufnehmen gegen Klassenwahlsysteme aller Art, für das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde.

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai gegen **Kriegserklärung und Völkerverhetzung**. Während die Herrschenden das Gut des Volkes für Kavernen und Kriegsschiffe vergeuden, demonstrieren wir für den Frieden, für die Verbrüderung der Völker!

In diesem Jahre soll unser Maifest zugleich auch ein Tag der Sammlung und Vorbereitung sein für die große **Wahlkämpfe**, der wir entgegenmarschieren. Die Arbeiterschaft Deutschlands ist gemittelt, mit alter, erwig-jünger Begeisterung in die zukünftigen Kämpfe einzutreten, ihren Streikerkampf zu führen gegen alle Ausbeutung, gegen alle Herrschaft des kapitalistischen Klassenstaats.

Wohlan, Genossen und Genossinnen, bereitet überall eine würdige Feier des Festtags der Arbeit vor!

Rüftet zur Feier des ersten Mai!

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Reichsversicherungsordnung.

Reichstagsabgeordneter Genosse S o d a schreibt in der Z. W.: In den Erörterungen über die Durchföhrung der Reichsversicherungsordnung bemühen sich die gegnerischen Blätter, es als selbstverständlich hinzustellen, daß die Sozialdemokratische Opposition machen werden, um die Beratung dieses Gesetzesentwurfs im Plenum des Reichstags vor den Sommerferien nicht zum Abschluß gelangen zu lassen. Wegen dieser Opposition werden dann die Reichsversicherungsstellen die harten Männer hingeholt, die jeden berechtigten Verlust durch die Vergehung der Ministerien beschwern werden. Dabei laien es diese Blätter unbeachtet, daß von unserer Seite bereits wiederholt erklärt worden ist, bis jetzt habe sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags in keiner Weise für eine Opposition in dieser Sache erklärt. Dem entspricht auch die Haltung unserer Genossen in der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstags. Sie sind dort selbstverständlich für eine sachgemäße und gründliche Ausprache über die notwendigen Verbesserungen des Entwurfs eingetreten, haben aber niemals versucht, die Beratungen zu verstopfen. Nicht einmal die gewerkschaftlichen Vertreter der Sozialdemokraten haben einen berechtigten Vorwurf gegen unsere Genossen in der Kommission zu erheben gewagt. Diese Haltung der Kommissionsmitglieder hat auch in der Fraktion keinen Widerspruch gefunden; im Gegenteil herrschte vollkommene Einmütigkeit in der Fraktion darüber, daß wir uns im Plenum in derselben Weise wie in der Kommission an der Beratung der Reichsversicherungsordnung beteiligen werden.

In der letzten Sitzung der Kommission, unmittelbar vor den Osterferien des Reichstags, haben unsere Genossen allerdings den Vorschlägen der Reichsversicherungsstellen für die Feststellung der Kommissionsberichte widersprochen. Dies geschah aber nur deshalb, weil sie — mit vollem Recht, wie schließlich selbst die Reichsversicherungsstellen anerkennen mußten — nachweisen haben, daß eine wirklich sachgemäße Beurteilung der Berichte nach den Vorschlägen der Reichsversicherungsstellen gar nicht möglich gewesen wäre.

Dabei haben die Kommissionsberichte gerade in diesem Falle aus doppeltem Grunde eine große Bedeutung. Zunächst sind

sie für die Reichstagsabgeordneten, die nicht in der Kommission gewesen sind, das einzige Mittel, sich ein eigenes Urteil über die Kommissionsberichte zu bilden. Die Beratungen der Kommission fanden zu einem guten Teil während der Sommerferien statt. Nach dem Zusammentritt des Reichstags im letzten Winter waren die Fraktionen so sehr mit anderen wichtigen Fragen befaßt, daß es auch damals den Kommissionsmitgliedern nicht möglich war, ihren Fraktionskollegen über die große Zahl wichtiger Fragen, die bei der Reichsversicherungsordnung in Betracht kommen, Bericht zu erstatten. Deshalb muß jetzt der Bericht möglichst nachgeholt werden, und das kann nur an der Hand der Kommissionsberichte geschehen.

Außerdem sind die Kommissionsberichte von höchstem Wert für die Auslegung der einzelnen, an sich nicht immer leicht verständlichen Gesetzesbestimmungen, die überdies oft genug mit anderen Bestimmungen des Gesetzes im Widerspruch stehen. Um so begehrender ist es, daß die Reichsversicherungsstellen gar keinen Wert auf eine sachgemäße Beurteilung der Kommissionsberichte legen, sondern einzig und allein darauf bedacht sind, die Berichte möglichst bald dem Plenum zu übergeben, um dort unmittelbar danach das neue Gesetz durchzusetzen.

Eine Uebernahme der Beratung im Plenum des Reichstags wäre aber geradezu unverantwortlich. Haben doch die Reichsversicherungsstellen bereits in der Kommission die Verhandlungen so geführt, daß Entwürfe nicht so gründlich geprüft werden konnten, wie es notwendig gewesen wäre. An der ersten Lesung des Entwurfs in der Kommission sind die Reichsversicherungsstellen mit ihren wirtlichen Absichten noch gar nicht hervorgetreten. In der zweiten Lesung haben sie die für die Beurteilung großer Abschnitte des Entwurfs entscheidende Streitfrage, die Entredung der Arbeiter in der Leitung der Krankenrenten, bis zum Schluß der Beratung zurückgestellt. Endlich sind sie sogar noch in der dritten Beratung, die nur dem Ausschuss der Reichstagsmitglieder dienen sollte, mit weiteren sehr wichtigen Vorschlägen gekommen, so mit der Umgestaltung der Krankenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter und für die Dienstboten. Aus diesen Gründen liegt es nicht mehr überflüssig, als mit den beantragten Änderungen die früher gefaßten Beschlüsse über die damit in Verbindung stehenden Fragen im Einklang setzen. Daraus ergeben sich die vielen Unstimmigkeiten, die in dem Entwurf nach den Beschlüssen der Kommission enthalten sind.

Die Reichsversicherungsstellen freilich nehmen an diesen Unstimmigkeiten keinen Anstoß. Sie lassen sich — wie sich aus der Natur der Sache ergibt, die Deutsche Tageszeitung aber noch ausdrücklich bestätigt hat — in erster Linie von der Furcht leiten, daß, wenn die Reichsversicherungsordnung jetzt nicht zustande kommt, sie nach der Reichstagswahl in einer für die Arbeiter viel günstigeren Stellung beschloffen werden wird.

Dies kann aber für die Sozialdemokratie nur ein Grund dafür sein, sich unter keinen Umständen mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl der Forderung: keine Opposition, aber eine sachliche Beratung und gründliche Verbesserung des Entwurfs.

Was die Arbeiter zu verlangen haben, ist eine angemessene Erhöhung der ganz ungenügenden Renten für die Witwen und Waisen, für die Invaliden usw., die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Folgen der Unfälle, die sich auf dem Wege nach der Arbeit und von der Arbeit ereignen, sowie auf die Folgen der Gewerkschaften. In dieser Beziehung hat die Kommission fast ganz versagt, so sie hat sogar die Ausgaben der Versicherungsanstalten für Seilwände eingeschränkt. Eine ebenso wichtige Frage ist die Selbstverwaltung der Arbeiter. Was helfen selbst die arbeiterfreundlichen Bestimmungen, wenn sie im arbeiterfeindlichen Sinne durchgeführt werden, wie es jetzt in so vielen Berufsorganisationen der Unfallversicherung und in so vielen Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung der Fall ist. Die Kommission hat aber die arbeiterfeindliche Wirtschaft in den Berufsorganisationen und Versicherungsanstalten fast unverändert erhalten und sogar die letzten Reste der Selbstverwaltung in den Krankenanstalten der Arbeiter entfernt. Endlich müßte das Verlangen zur Erlangung der betriebliehen Ansprüche an die Arbeiterversicherung verbessert werden. Auch hier hat die Kommission in manchen Punkten das Gegenteil getan: als letzte Forderung ist in Krankenversicherungsstellen das Oberverwaltungsgericht und in den meisten Unfallversicherungsstellen das Reichsversicherungsamt ausgesprochen worden.

Eine so ungenügende Arbeit bedarf bringen einer sachlichen, gründlichen Nachprüfung. Dies fordern die Arbeiter. Und die Sozialdemokraten werden auch im Reichstags dafür eintreten.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 20. April 1911.

Delbrück soll springen?

Staatssekretär Delbrück will momentan auf Urlaub im Schwarzwalde, um dort Briefe zu sammeln für die schweren Kämpfe, die er demnächst im Reichstags auszuföhren haben wird. Ein Berliner Senzationsblatt, dessen Mitteilungen

fröhlisch immer nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden müßten, will nun von hochinformierter Seite erfahren haben, daß die Lage der Ministerberichterstattung Delbrück gegönnt sein. Daran soll die ecklos-lohringische Verfassungsfrage schuld sein. Wie bekannt, wurden die Beratungen der Verfassungs-Kommission plötzlich abgebrochen, damit der Bundesrat zu den gefaßten Beschlüssen Stellung nehmen konnte. In Wirklichkeit mußte Zeit gewonnen werden, um hinter den Kulissen — „hinterhandeln“ zu können. Das Resultat des politischen „Abhandels“ war, daß der Bundesrat nachgab und das soll erreicht worden sein, weil Staatssekretär Delbrück versichert hatte, daß die Beratung der Vorlage auf weitere Ginkünfte nicht mehr haben werde. Schließlich stellte sich aber heraus, daß auch die Frage der Wahlkreisbestimmung Beschlüsse gefaßt, die mit den Absichten der Regierung nicht in Einklang gebracht werden konnten. Delbrück wird nun der Vorwurf gemacht, daß er die Ernst der Situation nicht erkannt und den Reichslandtag veranlaßt habe, Zugeständnisse zu machen. Die erst in einem späteren Stadium der Beratungen als Kompensation hätten in die Waagschale geworfen werden sollen. Der Reichslandtag als der „Verführer“ bleibt Delbrück, der „Verführter“ soll gehen, falls die ganze Geschichte oben richtig geht.

Und der König absolut . . .

wenn er uns den Willen tut! Dieser altbewährte politische Grundsat der Junkler und sonstigen potentiellen „Nationalen“ wird immer wieder in Anwendung gebracht. Aber wehe, wenn „uns“ der König nicht den Willen tut, dann fallen „Wir“, die „allegretreuen Nationalen“ über ihn her. Nach diesem Rezept ist wiederum ein Artikel gearbeitet, den das höchstföhrerliche Blatt der Liebermannschen Antimimikropartei, der „Sozialen Blätter“, losläßt. Dem Herrschaften, mit Wilhelm II. nicht ganz den Willen, weil er angeblich die reidenden Vorhaben bevorzugt. Deshalb die Empörung. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg war es, der in den Novemberdebatten von 1908 das Wort prägte: das sei das schlimmste, daß der Kaiser nicht deutsch fühle. Diese Bemerkung in der mannigfaltigen Weise zu variieren, haben sich die „Sozialen Blätter“ seit der Zeit stets angelegen sein lassen. Besonders erregt es den Born dieser Mutter-Partei, daß Wilhelm II. nicht jüden verheere, sowie ihnen auch außer-Christungen erweise. Mit Bezug hierauf schreiben die „Sozialen Blätter“ unter anderem:

„Allmählich aber unaufhaltsam wird der alte beschöftigte Grundab aus seinem angekommenen Betitte verdrängt. An seine Stelle tritt der fürerlich und geitig ganz anders geformte jemitische Wörsenadel, der seinen ausgeborgten Gelde und einer ungefinden Laune es verdammt, daß er, dessen Ahnen in den üblen Schmutz des Gettos (Auenviertels) zu Hause waren, emporgehoben wurde und nun in den alten Schötern der Wall reidert, über er ewig als höchstes fremdes Fragezeichen allem deutschen Empfinden ein Aergernis bietet.“

Die freisinnige Zeitung, das Organ der gedachten reidenden Vorhaben, bemerkt entkräftigt dazu:

„Hier wird also dem Kaiser vorgeworfen, daß er jemitischen Wörsenadel den Kopf verleiht, weil er ihnen bei einem der letzten Monarchen vorbedarft soll, wird später in dem Artikel des Antimimikroblattes noch ausdrücklich mit den Fingern auf ihn gezeigelt. So heißt es da, daß der Geheimne Kommerzienrat v. Caro 1906 durch den König von Preußen geadet worden sei, und wird von dem „Allienadel“ gesprochen, „womit Wilhelm II. sich überaus leicht beglückte.“ Solche Schmähungen nehmen sich besonders häßlich in einem Vorhofraum aus, das sonst bei jeder Gelegenheit heuchlerisch mit seiner Lokalität und Königstreue renommieren.“

Die Sozialdemokratie wird über diesen häßlichen Streich der „nationalen“ Parteien sehr heiter gestimmt. Alle bürgerlichen Parteien werden ähnlich parodiert, daß ihre „Königstreue“, ihre „nationalen Staatstreue“ ja nicht verdrängt werde. Und alle bewilligen einmütig die letzte unehrliche Millionenzulage zur königlichen Zivilliste — aber alle mit dem Hintergedanken, sich bei Hofe und bei der „Staatsmacht“ lieb Kind zu machen. Für alle gilt, was gesagt, das Rezept: Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut.

Fahrensflucht der schwarzen Truppen.

Als das Sozialistengesetz seinem Ende zuging und die Sozialdemokratie im Februar 1890 jenen gewaltigen Wahlsieg erlang, der ihre Stimmengabel fast auf das doppelte — von 768 000 auf 1 427 000 Stimmen — emporschnellen ließ, da war sich das Zentrum bewußt, daß es nunmehr bedeutendere Anstrengungen bedürfte, um seine Gefilde vor der roten Flut zu retten. Es schuf den Volksverein für das latholische Deutschland, dessen Zweck, wie es in dem im November 1890 erlassenen Werbeaufsatz hieß, sein sollte, „die Zerstörer und Umkehrbestrebungen auf sozialdemokratische Gebiete zu bekämpfen und die christliche Gesellschaftsordnung zu verteidigen“. Weiter erstrebte der Verein auch die „Bekämpfung und Verdrängung der richtigen Grundbäume auf sozialdemokratische namentlich will er, daß „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ sich immer mehr der ihnen in den gegenseitigen Beziehungen obliegenden Pflichten bewußt werden und daß die Erkenntnis der Zurechtfernung einig auf beider Teile sich immer mehr Bahn breche“.

Das des verstorbenen Programms hatte lange Jahre das katholische Volk wenig Zutritt zu dem Reichsministerium für die Angelegenheiten des Innern, und dabei waren die Verpfichtungen äußerst gering. 1. M. jährtlicher Beitrag, wofür man sich die Vereinsgeheimnisse umsonst erhielt. Erst im letzten Jahrzehnt hat das Innenministerium, das in M. Gladbach Sitz hatte, seinen Fuß gefestigt und sich stark an Mitglieder vermehrt, so daß deren Zahl im Jahre 1909 rund 650 000 betrug. Und im selben Jahre ist die Tätigkeit des Volkvereins gewachsen, wie sie zum Ausdruck kommt in der Zahl seiner Versammlungen und Veröffentlichungen, in seinen sich auf alle Kreise und Schichten des Volkes erstreckenden Streifen und seinen Organisationsmaßnahmen namentlich auf dem Gebiete des katholischen Arbeitervereinswesens. Der katholische Volkverein ist die eigentliche Parteiorganisation des Zentrums und sein Vertrauensmännchen steht dem Zentrum bei allen politischen Aktionen bedingungslos zur Verfügung.

In seinem ganzen Aufbau und seiner Wirksamkeit ist der Volkverein ein getragenes geniales Werk, dem keine Partei etwas ähnliches zur Seite zu stellen hat. Namentlich gilt das für den Westen Deutschlands, für Rheinland-Westfalen, wo der Volkverein mehr als die Hälfte seiner gesamten Mitglieder — nämlich 356 818 — hat, und wo sich, im engsten Zusammenhang mit der M.-Gladbacher Zentrale, die Tätigkeit des Vereins am lebhaftesten entfaltet. Aber zum erstmalig seit seinem Bestehen zeigt sich hier ein merklicher Rückgang an. So hat der Volkverein vom 1. Dezember 1910 bis 1. April 1911 abgenommen in im Regierungsbezirk Düsseldorf um 8000, in Erzen 2000, in Münster 4000, in Arnheim 2500 Mitglieder; in seinem einzigen der rheinisch-westfälischen Regierungsbezirke hat er in dieser Zeit zugenommen!

Die künftige Volkseinstellung bemerkt mit Bedauern, daß in den alten Stammis des Volkvereins der Eifer erlahmt. Das Blatt klagt für gewisse Teile und Bezirke gerade die „maßgebenden Kreise“ der Räte und der Arbeiter gegen den Volkverein und es erinnert daran, daß es heutzutage mit der religiösen Arbeit allein nicht mehr getan und daß der katholischen Sache mit „Schlachtmännern“ nicht gedient sei, angeht die bevorstehenden „Entscheidungskämpfe mit den Gegnern jeder christlichen Gesellschaftsordnung, vor allem mit der Sozialdemokratie“. Es ist, wie gesagt, das erstmalig, daß der Volkverein in seinen ergebnisreichen Streifen über die Rheinlande hinaus aufgerufen hat. Man braucht daraus keine voreiligen Schlüsse zu ziehen, immertin verdient die Tatsache bemerkt zu werden.

Wie das Volk verachtet wird!

Eine Schmach für das deutsche Volk bedingt folgendes Telegramm aus Schwetzn auf:

Die alljährlich von russischen und galizischen Schmittlern eingeschleppten schwarzen Koden nehmen in diesem Jahre eine außerordentlich große Verbreitung an. In den letzten Tagen wurden 7 schwere Entkräftungen gemeldet. Die ganze Wohnerschaft der Dörfer Kłodow und Glespohl wurde von Polzei wegen geizigen, sich einer (sogenannten) „Schugimpfung“ zu unterziehen, außerdem tritt in den Dörfern Pragorff und Bzow die ägyptische Augenkrankheit epidemisch auf, die von polnischen Schmittlern eingeschleppt wurde. In den Dörfern Zabelow und Krummed dagegen herrscht Choleraepidemie, die sehr schwer auftritt und täglich Opfer fordert.

Nun vergleiche man die allmächtige Polzei jagt erbarungslos jeden gefundenen ausländischen Arbeiter aus dem Lande, der es wagt, sich gesellschaftlich zu organisieren oder ein sozialdemokratisches Blatt zu lesen. Aber die verächtlichen ausländischen Arbeiter werden willkommen geheißen, beschützt und politisch gepflegt, trotzdem sie ganze Schichten deutscher Bevölkerung durchdringen und anziehen. Aber man beachte den Unterschied: ein gesellschaftlich organisierter ausländischer Arbeiter wird dem Unternehmer gefährlicher, ein durchstreifender ausländischer Arbeiter aber bringt dem Unternehmer Profit. Nun wird's klar, nicht?

Der ostafrikanische Kolonialstump.

Im deutsch-ostafrikanischen Schutzbelt scheinen sich recht erquickliche Zukünfte herausgebildet zu haben. Die halbmonatliche Deutsch-Ostafrikanische Rundschau bringt in ihrer Ausgabe vom 18. März folgende Notiz:

Wie wir hören, werden Mitteilungen antwortlicher Schriftstücke an Privat, die vor etwa Jahresfrist gegeben sein sollen, gegen einen nicht mehr im Schutzbelt befindlichen Beamten ein gerichtliches Anklageverfahren.

Die Farmer liegen im Streit mit dem Gouverneur von Mosambik, der nach ihrer Auffassung die Feger zu sehr als Menschen behandelt wissen will. Dieser Streit ist zu einer förmlichen Hege gegen den Gouverneur angestiegen und bei dieser Hege hat auch der freiservative Reichsstaatsabgeordnete Dr. A. v. Reuter, der Freund und Verteidiger des „Hänge-Peters“ die Hand im Spiele. Von dem angeklagten Material hat er im Reichstag freilich nichts preisgegeben, vielmehr suchte er sich im einzigen halloffenen Redensarten aus der für ihn recht peinlichen Situation herauszuwinden. Gegen den Vertreter des Gouverneurs, Regierungsrat Freiherr v. Wächter, schwebt ein Verfahren wegen Weichs. Dieser Beamte ließ zwar nicht in Unterlegenheit, aber er ist dem Dient suspendiert. Der Reichstag hat gestern über sein Verhalten Bericht gegeben, den der Zeitungserleger v. A. von der Vorwurf von Verleumdungen nach § 175 erhoben hatte. Der Verleger wurde verurteilt und dann ausgewiesen. Jetzt auf einmal der neue Skandal mit dem Bruch des Antiegeheimnisses! Selbst ein so kolonial-begeistertes Blatt, wie die Hamburger Nachrichten, verlangt, daß, wie vor fünf Jahren nach Kamerun, so jetzt ein Richter aus Deutschland nach Ostafrika entsandt werden solle, um dort eine eingehende Untersuchung zu pflegen.

Deutsches Reich.

— **Wahltagserbe.** Aus Berlin meldet Ehrlich Telegramm-Bureau: Zu der Frage, wann die Legislaturperiode des Reichstags abläuft, wird der Tag, Mundschau bestätigt, daß man in Regierungskreisen der Meinung ist, daß die gegenwärtige Legislaturperiode erst am 25. Januar 1912 abläuft und daß die Regierung damit rechnet, die Gesetzgebung des Reichstags vielleicht bis in den Januar 1912 hinein zu verlängern, wenn sich dies als notwendig herausstellen sollte.

Das stimmt alles sicherlich! Aber was ist es eben als „notwendig herausstellen“, was das heißt heute noch kein Mensch. Deshalb bleibt alles Gerede darüber eben Gerede.

— **Der Luftverkehr.** Ein Reichsgesetzentwurf zur Regelung des Verkehrs mit Luftfahrzeugen wird offiziell noch für dieses Jahr in Aussicht gestellt.

— **Die Kriegereverieren gegen die Jugendbewegung.** Das Organ des deutschen Kriegereverien, die Parole, bringt einen fulminanten Aufsatz, in dem die Kriegereverien zum Schutz gegen arbeitslose Jugendliche mobil gemacht werden. Die größte Gefahr wird in der freien Jugendbewegung erblickt. „Die den jungen Leuten schon vor dem Eintritt die Luft am Soldatenleben weihen und sie mit Wirtshäusern gegen die gesamten Wehrereverien und die zünftigen Vorgesetzten erfüllen will.“

Verschiedene Kriegereverien haben deshalb schon besondere Jugendvereine gegründet, die im Zusammenwirken mit anderen Kameradenvereinen die Jugend vor der Wirtshausverführung zu schützen sollen. In die Mitglieder des Reichstages sind von dieser Gelegenheit erneut die Wehrereverien, ihre Streit in den Dienst dieses Kampfes der hinteren Reaktion zu stellen. Diese immer wiederkehrenden Aufforderungen lassen den Schluß zu, daß die Wehrereverien der Kriegereverien auf diesem Gebiet nur recht mäßige Erfolge gezeitigt haben.

— **Nationalliberalen und Antisemiten.** Nach einer Meldung der Berliner Volkszeitung sollen die Nationalliberalen im Wahlkreis Offenbach-Biebrach auf eine eigene Kandidatur zugunsten des Reichers Dorn-Neuburg verzichtet haben, der als Kandidat der Wirtschaftlichen Vereinigung aufgestellt ist, nachdem er früher der nationalliberalen Partei angehört hat. Als Gegenleistung sollen die Deutsch- und Christlich-Sozialen den Abg. Dr. Stamm in Darmstadt-Groß-Oberau unterstützen. Eine angenehme Nahe, diese Liberalen!

Rußland.

Die Studentenverlegungen.

Das Petersburger Ministerien-Wochenblatt S weda veröffentlicht folgende Angaben über die Opfer der Studentenbewegung in den letzten zwei Monaten (6. Februar bis 5. April). Diese Angaben, die auf Grund der Meldungen der Tagespresse zusammengefaßt sind, stehen natürlich hinter der Wirklichkeit weit zurück.

Auf Befehl der Minister wurden insgesamt 45 445 Zettel 1701 Studierend, darunter in Petersburg 567, Moskau 145, Zar 370, Baris 190 usw. Nicht inbegriffen sind hier die Massenverlegungen im Wiener Polsteichum.

Auf administrativem Wege verbannt wurden 336 Personen, darunter in Baris 204, Petersburg 62, Odesa 26, Kiev 21 usw.

Verhaftet wegen Nichterfüllung von obligatorischen Vorschriften wurden 87 Personen. Außerdem wurden verhaftet: in Petersburg 486, in Baris 109, in Moskau 83 usw., insgesamt 801 Personen.

Außer diesen Maßnahmen wurden in großem Umfang angewandt: Ausweisung der Studierenden (in Petersburg wurden fast sämtliche russische Studenten ausgewiesen); Lieberweisung an die Gerichte wegen Jugendtätigkeit zum Realisationskomitee usw.; polizeiliche Sicherung der Studierenden (in verschiedenen Hochschulen wurden ja 3000 Studierende polizeilich festgesetzt).

Portugal.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Die in den nächsten Tagen vollzogen wird, soll dem Pariser Neo-York Herald zufolge unter der Landbevölkerung große Erregung hervorzurufen, die sich den Tag zu Tag steigert. Wahrscheinlich haben hierbei die Gerichte wegen Jugendtätigkeit zum Realisationskomitee usw.; polizeiliche Sicherung der Studierenden (in verschiedenen Hochschulen wurden ja 3000 Studierende polizeilich festgesetzt).

Türkei.

Der Zustand im Yemen.

Konstantinopel, 19. April. Nach einer Depesche des Oberkommandanten im Yemen sind die Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Amran nördlich von Sanaa eingedrungen. Die Rebellen, die sich in Zafafatan befanden, ergriffen die Flucht. Mehrere Scheichs erschienen in Sanaa, um sich zu unterwerfen. Sechs Bataillone mit einer Batterie marschieren gegen Dabbe; einige einflussreiche Scheichs in der Umgegend von Dabbe haben sich bereits unterworfen. Es verbleibt, daß der Scheich von Damra verlassen habe. Bei Raffit und Mebbut wird gekämpft.

Mexiko.

Waffenstillstand?

Der Bürgerkrieg in Mexiko scheint seinem Ende entgegenzugehen. Während in den letzten Tagen noch heftig gekämpft wurde, machen sich jetzt plötzlich auf beiden Seiten Neigungen zum Frieden bemerkbar. Nach einem Telegramm aus Mexiko City ist der mexikanische Regierung der Vorschlag zu einem Waffenstillstand zugegangen, der von dem Senator Gomez, dem Haupt der Revolution in Washington ausgehen soll. Die mexikanische Regierung hat diesen Vorschlag in freundschaftlicher Sinne beantwortet. — Der Waffenstillstand ist, wie dem W. T. aus Mexiko gemeldet wird, bereits so gut wie arrangiert und wird wahrscheinlich am Freitag beginnen. Die Aufständischen machten den Vorschlag zu dem Waffenstillstand Basques Gomez, ihren Vertreter in Washington. Gomez betonte die Wichtigkeit der Internationalen Komplexion infolge der Verbindung von Amerikanern in Douglas. Während des Waffenstillstandes, der auf Grund des Statusquo in den nördlichen Provinzen geschlossen wird, sollen die definitiven Friedensbedingungen vereinbart werden. Madero soll die Entscheidung über noch unbekannt Einzelheiten treffen. Gerüchtheorie verlautet, die Bedingungen seien: Abdankung Diaz' binnen fünf Monaten, Er-

Der Sadduzäer von Amsterdam.

Novelle von Karl Gutzlow.

7) [Nacht, verb.]
„Ganze wüßte es, ob alle drei in den roten Fluß der Mitteilung, und die letztgenannte“ — Gedächtnis — die Schwärzigkeit einer Auslassung war aber nicht mehr vorhanden; denn Jüdisch, weinend und jubelnd, lachend und lebend, unterdrückte Ariel mit einer Art der liebenswürdigsten Worte, die ihm jeher Wortlaut aus dem Munde nahmen. „Mein geliebtester Freund“, sprach er, „verdient ich doch, die Hand zu führen, die mich mit so treuer Liebe umschlungen hielt.“ — „Warum weiß ich keine Strafe, die dem Verwalter deiner Liebe gleich läme, ohne daß ich deine Liebe verlore. Ach! Ich werde reichlich. Mein ganzes Leben ist in deine Hand gegeben; denn du groß ist meine Neid, daß ich nicht selbst den Tod geben würde, wenn du mich an deiner Liebe das unterteilen ließt, was ich an dir verbracht.“ — Du hast dich für so schwach gehalten, Ariel, als daß ich eine Mitteilung deiner eigentümlichen, zum verfeinerten Gedanken hätte tragen können. Du mußt dies auch jetzt noch glauben, da ich in dem Augenblick, als ich die zu gleich mit ihrer Wirkung, zum erstmalig kennen lernte, alle Bezeichnung verlor. Doch ich kennst nicht ungerührt gegen ein Weib sein, das in der Liebe Mund vermag, sonst aber alles anhaft und für übermäßig hält. Warum verschloßst du mit deinen Weib? Warum zögst du mich nicht zu dir hinauf, Ariel? Du lebst am Tage unter deinen Göttern und wenn der Abend kam, ließt du zu mir, einzufliegen über die wüßigen Sterblichen herab. So zerstreutest du selbst das Band, das in jener furchterlichen Stunde mich sonst unzerstörlich an dich gefesselt haben würde. Wehe mir, ich Törin! ich wüßte die Schuld auf dich; aber ich tue es nur, um dir das Vergehen leichter zu machen. Denn mein Unrecht ist unerschütterlich, ich komme mir wie eine Glende, Weizelnde, wie ein schändliches Strauß vor, das hinter der Mauer wohnt und so nichtig ist, daß es den Tag nicht verdient, den es lebt. O Ariel, liebe mich! Du bist ein wunderbarer Schöpfer, der alles gemacht; wenn ich Adel für meine Seele, irgendeinen Stolz, der nicht vergänglich ist, habe, so kann ich ihn nur bei dir finden. Ach bin ganz in nichts verfallen, nur du kannst mich wieder aufrichten!“
Ariel brühte schweigend, aber lächelnd und voller Liebe ihre Sand; das Liebermag verdrückte ihn. Jüdisch fuhr fort, indem sie auf Josahel zeigte, der schweigend die beiden Türe am Himmel öffnete. „Ariel! Du bist ein so großer Mann, daß du mich nicht schuldig bist. Du mein Vater sich mit Weib zu vorher Erinnerung an dich abwannte, so bleib dieser meine Zukunft. Das Unsterbliche dieses Auftrites, der von trauern, Lieber, verlor

sich allmählich vor meiner vergewissungsvollen Seele, der ganze Zusammenhang dieser Dinge hat jetzt deutlich vor mir, meine Sehnsucht nach dir, die nur mit dem Tode sterben wird, foltert mich, und für alles fand ich bei Josahel Rat und Hilfe. Er ließ mich in die Kärkel deines Lühnen Geistes bilden und weidete mein Verlangen, von deinem hohen Range mitgetragen zu werden. Ich schämte mich, dich der Überlegenheit eines Augenblicks über meine Liebe hätte liegen können und betrug den Entschluß, der durch dein Wiederfinden mit seinem Erfolge gekrönt ist. Ich floh die Wohnung meines Vaters, um dich aufzujuden. Wir verlorsten den Weg, den du eingeschlagen haben mußtest, und trafen Frauen, die bei uns einfliegen, was aber doch zu unserem Ziele gedient haben. Josahel schmeichelte mir, wie ein Bruder es getan haben würde.“
Hierauf wandte sich auch Josahel an Ariel und sprach: „Teurer Vater, wenn du in der Entscheidung, wo sich meine Freundschaft hätte verwehren sollen, mich einen Augenblick schweifen ließest, ist sei vertrieben, daß sich ein Verfall meines Schicksal mich ganz deinem Dienste zu widmen, und wüßte, wie Vieles ich dir leistete, als ich Jüdisch Verlangen nach dir unterstellte und diese abenteuerliche Reise ins Reich setzte. Ich bin jetzt bei der Entscheidung in die Schule gegangen und habe dich als mein Vater erachtet, was, von dir getrennt aber gar verbannt zu haben.“
Ariel umarmte beide herzlich, seine Augen glänzten vor Freude; selbst die Weibchen, die sein wieder Aufzug, sein langes, ungehorsames Haupt und Barthaar ihm zuerst bemerkbar hatten, mich der überströmenden Güten von Ariel, die der ihm wiedererlebten Glaube an sein Feuerles in ihm weidete. „Achte ich doch“, rief er aus, „daß mich die Sonne des heutigen Tages etwas Gutes beudeute! Wie eine lange Nebelnacht liegt die jüngste Vergangenheit hinter mir; ich wüßte, daß sich jetzt alles unternimmt. Es, was aber ich noch, den Sieg in meinem Herzen einzuahmen, der zur Eigentum ist, und den ich selber mit meinen Tränen benetzte. Was sollte ich mich auch nicht gänzlich überlassen, da ich ja gekommen seid, mich glücklich zu machen! Gilt mit mir in die Herberge, wo wir in ungeheurer Umarmung des Wiedersehens feiern wollen. O laß mich nur, wo ich es etwas, das dem Tage des Gernens Gewalt annehmen könnte!“
Sie hielt sich noch eine Weile umschlungen, die Koffe bildeten verhängt in die Gruppe hinein, der Wanderer stand still und betete die beiden, denn er hoffte, alles müsse schöner werden unter der Sonne, wenn sich Männer untereinander so lieben können. Er sah die beiden in die Ferne und sah in einer Herberge Ruhe und Heiligkeit genug, ihre Herzen immer lazer und fröhlicher zu machen.
Doch es schickte auch hier der Begleitung nicht an einen

Hinterrück. Jüdisch selbst, die Schwärzende, Glühdie, was es, die sie zu öffnen verurteilt. Denn wie wenig sie es mit ihrem Entschlusse, sich um Ariel wie ein Girtel zu schlingen und ihn nicht zu verlassen, wo es auch hinginge, übereinstimmte, daß sie einige Worte von Mitter und Wiberst fallen ließ, so wäre es zu genau gewesen, hätte Ven Josahel Mund diese zuerst ausgesprochen sollen.
Ariel blühte die verwundert an, aber diese Veränderung war eher des Sinnenden als des Entwürten; er schob sie und widersprach nicht, als Jüdisch ihm die Mähdie in die alten Weibchen rief und namentlich den Gewinn ihres Vaters in den schönsten Farben schälberte. Als Josahel sah, daß seines Vaters Wille sich unbewußt war, trat er wie auf ein verarbeitetes Zeichen hervor und sagte: „Wozu trüdet es, lieber Bruder, wenn du dich selbst um den Gewinn des schönsten Lebens bringst? Du bist mir ein geliebter, welchen großen Meiz die Stadt, die ich nie wieder, für dich hat, und damals wüßte du noch nicht, daß sie schimmert nur, ein ein Beutes eines jüdischen, ich sage nicht, daß dich Jüdisch verlassen könnte; aber ich denke mir, die Liebe schickte dich auch nach den Orten zurück, und wo Jüdisch über vor einer großen Schar von Weidern und Weunderen eure Schätze ausbreiten, als in Amsterdam?“
Ariel leistete seinen Wiberstand. Nur seine Beistimmung wüßte er nicht, als Josahel ferner einzuwickeln leitete. „Du schickst dich die beiden, warte er, nach Hause zurückzuführen, du im Banne bist? Allein deine Klugheit müßte auch hier liegen, wenn dein Starren jögerte. Dein Oegner, de Silba, hat die Erklärung abgegeben, daß deine Sätze nicht darauf hingielen, das Christentum zu empfehlen, sondern daß du vielmehr der ausgetriebenen Sätze der Schwärzler zusetzen leit. Da aber die Sadduzäer niemals von der Gemeinde ausgeschlossen waren und volle Freiheit hatten, im Tempel zu lehren, so hat sich der Woll der Synagoge um vieles gemildert. Würde sie auch den Mann nicht aus freien Stücken zurücknehmen, so könnte sie damit nicht ändern, wenn du selbst keinen Schritt, ich entgegengelauf und ein öffentliches Gehändnis ableitete. Ich habe in deinen Redungen nur um die Wahrheit der jüdischen Lehre zu tun gemeint sei und du auf nichts beizeln wüßtest, was derselben in gerader Richtung widerleitete. Was ist an dieser Erklärung Gutes verloren?“
Ariel wüßte zwar nicht darauf zu antworten: „die Erde“, aber er schickte es, daß Josahel Jüdisch die Umänderung einer Handlung war, die ihn späterhin retten konnte. „Wie ihr eure Worte so sein leit!“ sagte er; „öffentlich widerfahren soll ich und an meiner eigenen Lieberzeugung zum Reineigenen werden.“ — „Ich müßte die Worte eines Aufgestellten annehmen und dürfte mich dabei nicht mit Jüdisch ergehen, die Augen auf der Straße aufzuschlagen. Ihr geht mir nicht den besten Weg.“ (Beistimmung Josahel.)

Lebung des jetzigen Ministers de la Barra zum Präsi-
denten bis zu den allgemeinen Wahlen und eine so-
fortige Revision des Wahlgesetzes. Der Wahlzustand
bedeutet die Verneinung einer bevorstehenden Schlacht. In
Zuarez war der Kongress von Mexiko heute nachmittag ver-
sammt. Es herrschte ein ungeduldiger Andrang. Der
Revisor General Post zufolge ist im mexikanischen
Kongress eine Vorlage über ein allgemeines Wahl-
recht eingebracht worden.

Nach einer anderen Meldung breitet sich die Revolution in
den südlichen Provinzen immer mehr aus. Ihre Unterdrückung
sei beinahe aussichtslos. Präsident Taft hofft, die Einleitung
einer neuen Regierung aus Diaz' Freunden und Maderisten
bestimmen zu können, die neben Diaz erwarteter Mäßigkeit die
einzige Möglichkeit bietet, die Ruhe wieder herzustellen.

Keunor, 20. April. Obgleich Gomez fortbauend die
Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen befreit,
herrscht in Washington die Ansicht vor, daß die Friedens-
ausichten geringe sind. In diesem Sinne vertritt auch
der amerikanische Botschafter aus Mexiko, fügte aber
hinzu, die dortigen Amerikaner seien neuerdings wieder be-
ruhigt. Es verläutet, die Insurgenten entfallen weiter
eine lebhaft Tätigkeit und bereiten einen Angriff auf
Zuarez vor.

Aus der Partei.

52 000 Auflage — Drei „Majestätsbeleidigungs“-Anlagen.
Die Chemnitzer Volkstimme teilt mit, daß ihre
Auflage jetzt 52 000 beträgt. Sie sagt u. a.:
Am Ende der Kreisläufe war unsere Auflage auf 38 500 ge-
sunken und hatte noch am 1. Juli 1909 die 39 000 nicht wieder
überstiegen. Von da an aber setzte der erneute Aufschwung
mit Macht ein. Die politischen Ereignisse wurden voll aus-
genutzt. Auf 44 500 war die Auflage gestiegen, als sich die
Notwendigkeit der Abonnementspreis-erhöhung von
60 auf 70 Pf. nicht länger abwenden ließ. Selbst die Genossen,
die sie im vollen Bewußtsein der Unabweisbarkeit der Preis-
erhöhung guthießen, bemächtigten sich schwerer Sorgen nicht
zu erwehren und fürchteten namentlich angefaßt der großen
Zahl noch neuer Leser einen schweren Rückschlag. Aber
der aus höchster Entschlossenheit der Genossen her
wurde das Gegenteil: auf 47 000 war die Auflage schon
unmittelbar nach dem Preisauflage ge-
stiegen. Und schrittweise ging es weiter bis auf rund 52 000.
Die letzten einhalb Jahre haben uns einen Abonnenten-
zuwachs von 18 000 gebracht, und die allgemeinen Reichstags-
wahlen haben noch vor uns! Dabei die Hälfte dieses Zu-
wachses entfällt auf den Chemnitzer Reichstagswahlkreis allein,
in dem jetzt über zwei Drittel der Gewerkschafts-
genossen, fast 60 Prozent der sozialdemokratischen
Reichstagswähler auch Leser unserer Partei-
organs sind.

„Inneben — „genug ist nicht genug!“ Die Betrachtung des
zurückgelegten Weges soll uns nur ein Ansporn sein, immer
überfröhlicher und rascher weiter zu marschieren. Noch bleibt
zu das meiste zu tun übrig. An Feinden wird es uns um
so weniger fehlen, je rascher unser Fortschritt ist. Gerade als
wir befriedigt das Wachstum der letzten Wochen konsolidierten,
sandte uns die liebe Chemnitzer Staatsanwaltschaft drei
„Majestätsbeleidigungs“-Anlagen auf einmal
ins Haus. Zum Beweise dafür, daß wir wirklich die „Majestä-
täten“-Beleidigung haben, beruft sich der Staatsanwalt auf die
Denunziationsnotiz in einem Chemnitzer liberalen Blatt.
Alle Volkseinde und Reaktionen haben ihre beste Wut an
unserem Wachsen, an unserem Wirken. Aber das Loben der
Scharfmacher und Staatsstreicher treibe unsere alten, be-
währten Agitatoren, die Masse unserer Leser, zu neuer demo-
kratischer Kraftentfaltung an! Vorwärts allerorts! An
die Arbeit!

Es lebe die Maidemonstration!

Frankfurt a. M., 20. April. Das Polizeipräsidium beru-
ht den geplanten Aufmarsch der Sozialdemokraten durch
die Straßen der Stadt.
Hessen Stadt, Herr Polizeipräsident, für die Agitation zur
Demonstration in anderer Form!

Während der „liberalen“ Polizeiveranstaltung von Altona, Dr.
Rosenkrantz, den Aufmarsch wegen der damit verbundene
den Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zuzulassen
hat, ist die Erlaubnis dazu in der Nachbargemeinde Wands-
bek erteilt worden. Den Festzug durch die Hauptstraßen
marschieren zu lassen, hat der Polizeichef, Bürgermeister
Eten, mit dieser gemäßigten Begründung abgelehnt:

Mit Rücksicht auf den demonstrativen Charakter der Ver-
anstaltung kann der Weg durch die verkehrsreichen Straßen
nicht gestattet werden, da hier eine so erhebliche Zahl anderer
Gefährlicher Anlässe daran nehmen wird, daß eine
Verfälschung der öffentlichen Sicherheit befürchtet werden muß.
Aus diesen „Gründen“ muß der Festzug durch die Wes-
tstraße verboten werden, dort, wo er keinen „Anstoß“ ver-
ursacht.

regt. Da die Wandarbeiter alle Einwohner der Stadt
mit gleicher Rücksicht behandelt, wie erst vor kurzem in der
Einnahme der Stadtbesetzung betont wurde, werden also von
jetzt ab die unterschiedlichen Festzüge je nach ihrer sozialen
Struktur behandelt werden, damit die „andere“ Gefährlichen
Anlässe daran nehmen“. Das Willkürverbot für die be-
trübt, die Arbeiterquartiere für die proletarischen Festzüge.
Jedem das Seine!

Aus der Jugendbewegung.

Konferenz der Jugendbundesvereine Thüringens.

In Jena tagte an den beiden Vortagen eine Konferenz
der Thüringer Jugendbundesvereine, an der 300 Teilnehmer, ver-
treten durch 40 Delegierte, teilnahmen. Außerdem hatten die
Zentralstelle in Berlin und mehrere Parteiorganisationen
Thüringens Vertreter entsandt. Der Bericht der Jugend-
zentrale Thüringens durch Edmund Jena. Der
Zentralstelle sind jetzt 38 Orte angeschlossen; das letzte Jahr
brachte der Thüringer Jugendbewegung einen erfreulichen
Aufschwung. Die Tätigkeit der Zentralstelle beschränkte sich vor-
läufig darauf, das Arbeitsfeld gründlich kennen zu lernen.

Über den gegenwärtigen Stand der Jugend-
bewegung in Deutschland sprach Peter Berlin.

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte sich die Kon-
ferenz mit Fragen der Organisation und Agitation. Die Kon-
ferenz arbeitete ein Regulative für die Thüringer Zentral-
stelle aus, wobei beschlossen wurde, die Bezeichnung: Zentral-
stelle für Thüringens Jugendagitationsbezirk für Thürin-
gen umzuwandeln. Die Frage der Beitragsleistung
wurde nach äußerster Lebhaftigkeit durch einstimmigen
Beschluß geregelt. Die Einrichtung eines Mitteilungs-
blattes wurde einstimmig abgelehnt, da der Nutzen
vorrangig die Kosten nicht lohnen würde. Dagegen soll der
Zentralstelle in Berlin die Anregung gegeben werden, ein
Korrespondenzblatt für die Funktionäre der Jugend-
bewegung Deutschlands zu schaffen. Die Vorschläge für den
Jugendtag, der zu Pfingsten in Weimar stattfinden, wurden
angenommen. Die Konferenz im Jahre 1912 wird wieder in
Jena stattfinden. Als Vorherrscher der Agitationsbezirk für Thürin-
gen wurde Schumann, Jena, als Kassierer Liep-
Jena, gewählt. Der Schriftführer und die zwei Beisitzer wählt
der Ausschuss, dem der Vorschlag wurde. Der nächste
Jugendtag soll im Jahre 1912 in Ilmenau abgehalten werden.

Aus den Nachbarkreisen.

Von der Mansfelder Gewerkschaft.

Die Kapitalisten der Mansfelder Kupferhütte bauen den
Gewerkschaften gegen wieder herrichten, fassen Jähren entgegen, dem
loerben wird gemeldet, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre ein
Bruttogewinn von 8,14 Mill. Mark gegen 7,27 Mill. Mark
im Vorjahre erzielt wurde. In Aufrechnungen wurden wieder
etwa 1,5 Mill. Mark abgezogen, so daß der Nettogewinn
beträgt 6,64 Mill. Mark. Der Nettogewinn beträgt 1,16 Mill. Mark
gegen 831 800 Mark im Vorjahre. Wie wir bereits mitgeteilt haben,
wird den Kupferhütten für eine Anleihe von 10 Mill. Mark
abgelehnt. Für das neue Geschäftsjahr wird die rezelebale Summe
von 730 300 Mark vorgetragen. Die Verwaltung hofft, daß nach
Anbetrieblung der neuen Anlagen bei erhöhter Produktion ein
noch weit besseres Ergebnis zu verzeichnen sein werde.

Es dürfte von allgemeinem Interesse sein, bei dieser Gelegen-
heit auf die Ausgaben hinzuweisen, die den Gewerkschaften der „Mans-
felder“ innerhalb der letzten Jahre zugeflossen sind. Den nicht-
stehenden Kupferhütten wurden für ihre mittelgroße Tätigkeit in
der Zeit gemessen im Jahre 1907 von 45 000 Mark, 1908
15 000 Mark, 1909 40 000 Mark, 1905 80 000 Mark, 1906 120 000
Mark, 1907 70 000 Mark, 1908 0 000 Mark, 1910 10 000 Mark.
Im Laufe des letzten Jahres sind also mindestens 500 000
Mark aus den Händen der Mansfelder Knappen herausgezogen
worden. Die Kapitalisten schwelgen im Überflusse, die Er-
zeuger des Gewinnes dagegen wurden nicht nur mit leeren
Versprechungen getäuscht, sondern man behandelte sie als Hel-
ten, raubte ihnen ein Recht nach dem andern und unterdrückte
jogar das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht.

Soeben wird aber ein neues Mansfelder Gewerkschaften be-
kannt, das allen bisher auf dem Gebiete der Arbeiterunterstüt-
zung zugeflossenen die Krone aufsetzt. Dem letzten Jahressumme
wurde auf allen Ecken der Gewerkschaft die Brandstätte
eines Großes abgelesen, das heißt, überschüssige
Pfenninge wurden nicht ausgezahlt. Je nachdem geben
den Arbeiter von dem sauer erarbeiteten Gehältern ein bis
zum Fleißem verloren. Im dem gegen die Sitten verstoßen-
den Verfahren einen gesetzlichem Anrecht zu geben, hat man
auf einzelnen Ecken die Vergleiche zum Unterjoch einer
sogenannten Arbeitsordnung gezwungen. Von anderer Seite
wird uns mitgeteilt, daß diese fomoje Arbeitsordnung schon
lange Jahre besteht, daß bisher aber der Lohn nicht um die
Kupferhütte gestiegen worden ist. Die meisten Arbeiter wußten
nicht, daß eine solche die Angelegenheit auf die Spitze
treibende Schimmung zu Papier gebracht sei. Nun ist es den
Gewerkschaften in den Sinn gekommen, daß jetzt der rechte Zeit

punkt gekommen sei, um die unterdrückten Gewerkschaften noch
mehr zu demütigen und vor allem zu schärfen. Es ist der
eine Sohn, wenn diese Gewaltmaßnahmen mit einem sozial-
politischen Mantelchen zu umkleiden versucht wird. Die auf-
sichtige Weise den Bergarbeitern vor der Nase abgezogenen Sum-
men sollen in eine logenante Unterhütungsliste fließen, aus
der dann großartig freiwillige Geschenke an die Arbeiter, das
heißt im großen Maßstab organisierte Arbeiter gemacht werden.
Wenn bei durchschnittlich 15 000 Arbeiter ein ganz kleines
Pfenning einhalten werden, so können ein ganz kleines
Stückchen zumachen. Herr über die Sache sind die Nach-
haber, eine Kontrolle ist ausgeschlossen. Will irgend jemand
eine Unterhütung haben, muß er schon hat von Bergarbeitern
sein, und dann muß er auch erst eine Anzahl von Bergarbeitern
machen, um einige Pfenninge zu erhalten. Früher, er hat
„oben“ gute Freunde und hohe Genuß, dann braucht er nicht
von Genuß zu Plätschen zu kommen. Wie schon gesagt: ein
Stückchen Geld nach dem andern wird den „getreuen“ Mans-
felder Knappen gerührt. Inner der Herrschaft Bogelmanns
wurde das Streikverbot aufgehoben. Früher durften die
Preise für Brot und Brot nicht über eine bestimmte Höhe
hinaus, jetzt ist man lange, es könnte den Bergleuten zu gut
gehen, deshalb zwang man ihnen die erschlafften Pfenninge ab,
um mit ihnen Proleten zu werden.

Wenn jetzt nicht auch dem Mandatisten die Augen auf-
gehen sollten, dann ist den Mansfelder Gewerkschaften und Hütten-
leuten überhaupt nicht mehr zu helfen. Wir sind aber der
festen Überzeugung, daß so mancher „reichtreue“ Arbeiter sich
jetzt sagen wird: Sätze ich damals an dem begünstigten Wert
der Bergleitung aus jahrhundertelanger Knacktheit mitgebol-
ten und hätte ich nicht eigenem meine Kameraden im Stich
gelassen, dann könnte man heute nicht mit uns so froh Schrei-
über spielen. Aber noch ist es Zeit, das Verflämte nachzu-
holen. Der Angelpunkt jeden Fortschritts liegt in dem Arbeiter-
verband, stärkt die Reihen der Klassenkämpfer und die Zeit ist
nicht fern, wo der Großkapitalist der jatten Kapitalisten
auch im „reichtreuen“ Mansfeld gebrochen wird. Werbet
Leser der Arbeiterpresse, welche unerschrocken die Interessen
aller Ausgebeuteten und Geknechteten vertritt. Zeigt dem
schmarozken Epistel und Demunziantengefindel, daß ihr
nicht länger mehr Geloten sein wollt.

Witten 5. Kreiszeitung. Zur Beachtung! Die Arbeiter-
schaft sei darauf aufmerksam gemacht, daß der hiesige Gattich
ebenfalls zu den empfehlenswerten Lokalen gehört. Der Wert
steht seine Räume veränderungsweise auch den Arbeitern zu allen
Veranlassungen zur Verfügung. Er muß von der Arbeiter-
schaft also auch unterstellt werden.

Geleit. Manne über Arbeiterschaft! Auf der Hochhütte
plage am zweiten Oktobertag ein etwa 2000 Mann großer
Stück Mauer aus einem Schmelzofen, wodurch der Stüttemann
Gottfried Eike aus Helbra an Füssen, Wunden und Händen lap-
verwundet wurde. Seine sofortige Heilung wurde durch
Krankenschein machte sich notwendig. Derlei Fall ist schon
vielfach passiert, konnte da nichts getan werden zum Schutze
der Arbeiter?

Vermeid. Die Parteimitglieder-Verammlung für die
Zahlreihe Mansfeld-Vermeid findet am Sonntag, den 23. April,
abends 7 Uhr, in Klostermansfeld bei Döberitz statt.

Mittelberg. Sozialdemokratischer Verein. Nächsten
Sonntag, abends 8 Uhr, findet im Parteilokal eine Mitglieder-
Versammlung statt.

Vordorfen. Achtung, Metallarbeiter! In der Man-
schichtfabrik Montania Htt. Gesellschaft vorm. Gerlach und Söhne
sind am Dienstag die Arbeiter, 48 an der Zahl, in den Streik
getreten. Zugang ist ferngehalten.

Dem Gattich. In dem Riefenbach in Lindau ist
noch zu berichten: Es sind insgesamt 40 Wohnhäuser und ebensolche
Reihengebäude den Flammen zum Opfer gefallen. Inner den ab-
gebrannten Gebäuden befinden sich drei große Bauernhöfe und
der Gattich. Das Mobiliar konnte zum Glück nicht ge-
rettet werden. Mehr als 40 Familien sind obdachlos ge-
worden. Einige ältere Personen ihre ganze Habe. Man
wird durch öffentliche Sammlungen die Not lindern. Es befürchtet
sich, daß spielende Kinder das Brandunglück verschuldet haben.
Zwei Kinder im Alter von 3 und 5 Jahren, die ihre erkrankten
Angehörigen von Herdfeuer und brennenden hatten trocken hören,
hatten sich Streichhölzer zu verschaffen gewagt und im Hofe einen
Folianten in Brand gesetzt. Es man in Kunde recht wüste, was
gebehen war, stand das Wohnhaus des Wauermeisters Simechalt
ebenfalls in hellen Flammen. Der scharfe Wind hat das übrige.
Der meiste wertvolle Schmuck hatte Tante von Mansfeld
aus der Umgegend herbeigebracht. Die Brandstätte bot ein schauriges
Bild der Zerstörung.

(Weitere Probing in der Beilage.)

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überlieferung, Partei-
nachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches,
Penkstein und Reichsweite Nord Nord, Lokales Wilhelm
Koenen, Provinziales und Besondere Berichte Gottl.
Kaspereit, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Lebensmittel

Freitag — Sonnabend.

Nussbaum

<p>Kl. Landeschinken 1¹⁵ Pfund</p> <p>Schinkenspeck 95 Pfund</p> <p>Rauchfleisch 70 Pfund</p> <p>Mettwurst 90 Pfund</p> <p>Th. Cervelatwurst 1¹⁵ Pfund</p>	<p>Gebr. Kaffee 1/2 Pfund 60 Pf.</p> <p>Gebr. Gerste 15 Pfund</p> <p>Hausmach.-Mudeln 12 Pfund</p> <p>Suppen-Nörchen 15 Pfund</p> <p>Macaroni 1/2 Pfd.-Bat. 15 Pf.</p>	<p>Mischobst 25 Pfund</p> <p>Linssen 10 Pfund</p> <p>Puddingpulver 5 Bat. 20 Pf.</p> <p>Rote Grütze 4 Bat. 20 Pf.</p> <p>Waffelbruch 1/4 Pfund 15 Pf.</p>
<p>Erbsen 2 Pfd. 32 Pf.</p> <p>Jg. Erbsen fein 2 Pfd. 52 Pf.</p> <p>Stachelbeeren 2 Pfd. 58 Pf.</p> <p>Reineclauden 2 Pfd. 65 Pf.</p> <p>Gem. Früchte 2 Pfd. 70 Pf.</p>	<p>Knadzwurst 68 Pfund</p> <p>Kakao 60 Pfund</p>	<p>Prügel Salatgurken 30 Stück</p> <p>Malta-Kartoffeln 12 Pfund</p>
<p>Land-Leberwurst 50 Pfund</p> <p>Rotwurst 50 Pfund</p> <p>Tüftler Käse 1/2 Pfund 35 Pf.</p> <p>Kokos-Fett 55 Pfund</p> <p>Frische Eier 68 Pfund</p>	<p>Haushaltsschokol. 58 Pfund</p> <p>Gries 18 Pfund</p> <p>Reis 12 Pfund</p> <p>Gruppen 11 Pfund</p> <p>Ceylonia-Kaffee 1/2 Pfund 45 Pf.</p>	<p>Schnittbohnen 2 Pfd. 27 Pf.</p> <p>Wachsohnen 2 Pfd. 30 Pf.</p> <p>Leipz. Allerlei 2 Pfd. 40 Pf.</p> <p>Spinat 2 Pfd. 38 Pf.</p> <p>Grünkohl 2 Pfd. 30 Pf.</p>
		<p>Anchovis Glas 25 Pf.</p> <p>Braterringe Dose 45 Pf.</p> <p>Kokosfloeken 1/4 Pfund 10 Pf.</p> <p>Gem. Konfekt 1/4 Pfund 8 Pf.</p> <p>Gem. Bonbon 1/4 Pfund 7 Pf.</p>

Der Witwen- u. Waisenbetrug.

Wittenslosigkeit herrscht die „nationalen“ Presse, sie will noch immer nicht begreifen haben, wie durch die Zahlung der *Centrededuktion* für die Witwen und Waisen von den ihnen verprochenen Versicherungsgeldern geprellt wurden. Die zahlungsmäßigen Beweise für den Betrag der Witwen und Waisen, den das Zentrum inkassierte, werden von den fiskalen Beamten unterschlagen. Es behaupten, daß ein Nachweis über die Schädigungen des Witwen- und Waisen-Versicherungsfonds nicht erbracht worden ist, sondern nur unvertändliche Begriffe weitergegeben werden. Um alle Zweifel ihrer Leser niederzuschlagen, wird wieder auf die Denkschrift der Regierung über das einstrichliche Verfahren verwiesen, deren Resultat angeblich die Unfähigkeit aller Anklagen erweisen soll.

Welche Kritikfähigkeit die Zentrumsprelle bei ihren Lesern voraussetzt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die von ihr mitgeteilten Ergebnisse jener Regierungsenforschung die volle Befriedigung für die Prellerei des Witwen- und Waisensfonds enthalten. Es wird als Bestätigung der Regierung u. a. hervorgehoben:

Eine Beeinträchtigung des Zollauskommens kann eintreten, wenn und so weit die Ausfuhr, für die die Schiene erteilt werden, nicht eine Ertragsfuhr von Getreide von gleichem oder höherem Marktwerte wirtschaftlich notwendig macht. Ein solcher Erfolg liegt stets vor, und Schädigungen sind ausgeschlossen bei Fruchtarten, bei denen zur Deckung des Inlandsbedarfes die inländische Erzeugung nicht ausreicht. Dies trifft, abgesehen von Safer und Roggen, bei allen in Betracht kommenden Fruchtarten zu.

Hier wird also ausdrücklich bestritten, daß vor allem bei Roggen die inländische Erzeugung den inländischen Bedarf übersteigt, es wird weiterhin sogar noch besonders hervorgehoben, daß sich im Gegensatz 1909 ein Ausfuhrüberschuss bei Roggen ergeben hat. Seit Abschaffung jener Denkschrift liegen jedoch auch die Ergebnisse für die Getreidejahre 1909-10 und 1910-11 vor, die gleichfalls Roggenausfuhrüberschüsse aufweisen, und zwar in einem noch weit größeren Umfang. Die Roggenausfuhr, die im Jahre 1907 232 232 Tonnen betrug, stieg im Jahre 1908 auf 594 528 Tonnen und 1909 auf 653 750 Tonnen, während die Einfuhr im Jahre 1908 sich auf 347 264 Tonnen, und 1909 sogar nur auf 274 721 Tonnen stellen. Im Jahre 1908 folgte der Reichstag das System der Einfuhrschneide, die die Getreideausfuhrprämien darstellten, für Roggen hat er 12 233 Millionen Mark, 1909 sogar über 10 Millionen Mark. Für das Getreidejahr 1910-11 haben wir kürzlich die Biffen für die Zeit vom 1. August 1910 bis zum 31. März 1911 gegeben, in diesen allein acht Monaten erforderte die Ausfuhrprämie für Roggen allein schon 19,96 Millionen Mark.

Um diese Summen sind die Witwen und Waisen bestohlen worden, denn sie sollten nach der Reg. Tribüne dem Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung zufließen. Selbst wenn das Zentrum nicht von vornherein gewußt hätte, daß in Wirklichkeit die Großgrundbesitzer die als Witwen- und Waisengelder in Aussicht gestellten Summen schlucken würden, war ihm inwieweit reichlich Gelegenheit gegeben, davon Kenntnis zu nehmen. Aber die zentrumschriftliche Verlogenheit verleiht sich sogar zu der Behauptung, daß bisher von keiner Seite, weder von Freireich noch von der Sozialdemokratie, versucht wurde, eine Aenderung der Getreidebesatzgesetzlichkeit herbeizuführen. In ihrer angeborenen Aneignung gegen die Wahrheit lagern die fiskalen Lügenbeutler: „Es ist ein trauriges Zeichen, daß nun die Blätter dieser Parteien versuchen, das Volk zu verhehlen. Im Reichstage, wo sie Rede und Antwort stehen müssen, sömigen sie zu dieser Frage.“ Diese Verleumdungen werden mit halber Berechnung in die Welt gesetzt, denn auch die blabläterige Zentrumsredaktion weiß ganz wohl, daß die Frage der Getreideausfuhrprämien im Reichstage oft und eingehend verhandelt worden ist. Am 28. April 1909 bestritt die Regierung mit einem freireichlichen Antrage, die Einfuhrschneide lediglich zur Zollzahlung bei der Wiederinfuhr derselben Sorte Getreide gelten zu lassen, die ausgeführt worden ist, und ihre Geltungsbauer auf drei Monate zu beschränken. Am 30. Juni desselben Jahres fand im Reichstage eine Interpellation der Sozialdemokratie über die Gemeingewaltbarkeit der prämiierten Getreideausfuhr zur Beratung. Unter dem Eindruck der in diesen Verhandlungen erhobenen Anklagen beantragte das Zentrum, um der Entscheidung aus dem Wege zu gehen, jene herkömmliche Denkschrift. In dem darauffolgenden Jahre 1910 hat das Zentrum die wiederholten Vorwürfe der Sozialdemokratie bekannt, obwohl es die Wirkungen der Getreideausfuhrprämien in ihrer ganzen Schärfe übersehen hat. Auch die Regierungsenforschung, die natürlich nach Kräften bemüht war, den Wünschen der Getreidebesitzer nachzugeben, vernachlässigte nicht den Frevel der Getreideausfuhrprämien zu verhehlen, also selbst nicht auf ihren Reduzierungsversuch des noch immer herrschenden Einfuhrschneidesystems, das das Zentrum stützen, das bei dem Raub an den Witwen- und Waisengeldern die Führung übernahm. Wie lange wird der Schwund bei den Waisen noch gehen?

Gewerkschaftliches.

Rohrbewegungen im Schtnergerwebe.

Ein Teil der seit Anfang März eingeleiteten Bewegungen kann als abgeschloffen gelten, mehrfach mit vollem Erfolge, sowohl mit recht guten Erntelergebnissen. Landarbeiter kamen ausfindig in Düsseldorf für das Schtnergerwebe, in München für die Brande Landarbeiter, in Würzburg mit der höchsten größten Landarbeiter, und in Stuttgart ebenfalls mit der dort tonangebenden Landarbeitergärtnerei. Bei diesen Vereinbarungen sind durchgängig erhebliche Lohnaufbesserungen erreicht worden.

In Bremen ist der Kampf zu einer Art Querfront ausgedehnt, da dies als einzig mögliche Taktik verblieb. Ohne den allgemeinen Streik zu wägen, vollzieht sich unter mancherlei Erfolge ein gutes Gelingen. In diesen Tagen wird eine größere Anzahl der lebigen Beihilfen ihre Stellung aufgeben und den Ort verlassen. — In Düsseldorf mußten einige Firmen, die den abgeschloffenen Vertrag nicht anerkennen wollten, befristet werden, einige weitere wurden gesperrt; selbst mit dieser gutem Erfolg. — In Solingen ger-

schlugen sich die Verhandlungen mit den Unternehmern; einige Firmen beugten, die anderen werden seit dem 10. April befristet. — In Frankfurt a. M. gab es während der letzten zwei Wochen einige Firmenbewegungen mit teilweise Ausständen, auch hierbei wurden Aufbesserungen erzielt. — In München ist noch in der Handelszählerei eine Lohnerböhung um 2 bis 3 M. pro Woche eingetreten. — In Nürnberg haben die Handelszählerei-Unternehmer ebenfalls Lohnerböhung einleiten lassen, und konnte damit für dieses Jahr die Bewegung für beendet erklärt werden. — Die Streikbewegung in den Handelszählereibetrieben Groß-Werlins, die vor allem die Vertikung der Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden und Minimallohne von 24 und 22 Mark zum Ziele hat, vollzieht sich recht lebhaft, jedoch ohne besondere Schärfe hüben und drüben. Die Unternehmer wissen, daß die aufgestellten Forderungen sich in berechneten und bescheidenen Grenzen bewegen. Demgemäß hatten einige bessere Firmen bereits bewilligt; ausständig wurden 252 Mann. Am 14. April waren in 63 Betrieben mit 200 Gehilfen die Forderungen anerkannt. Außerdem erkenntlich bei dieser Bewegung ist, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr so sehr Widerstand bezeugt, wie das der Fall war in den Jahren 1909 und 1908, wo selbst die Einführung des Stundentages sich nur langsam und schwer eingebürgert hat.

Ein Schuhmacherstreik

Neß bei der Firma W. Keller, Schuhfabrik in Ebingen (Schwabenkreis) hat. Die Arbeiter halten einen ganz minimalen Forderungen gestellt, wie Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden, Vergütung für Ueberstunden, alles Dinge, die in allen anderen Betrieben in Ebingen längst durchgeführt sind. Die Firma zeigte sich anfangs nicht direkt ablehnend und es bestand Hoffnung, die Angelegenheit auf gutem Wege regeln zu können. Nun aber legte die Firma den Arbeitern plötzlich einen Auers zu Unterzeichnung vor, worin sich diese verpflichten sollen, aus dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands auszutreten und diesem nicht beizutreten. Ein Teil der Arbeiter ließ sich einfindeln und unterschrieb den Auers. Der andere Teil aber, etwa 70 Mann, wehrte die Unterzeichnung ab. — Zugug nach Ebingen ist streng ferngehalten.

Gewerkschaftliche Kämpfe in Dänemark.

In den skandinavischen Ländern bereiten sich große Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern vor. Die Verhandlungen im dänischen Tischergewerbe sind jetzt einseitig geendet, und die Verträge der übrigen Holzgewerbe und die der Klempner, die bestehenden Differenzen beizulegen, sind kaum aussichtsreicher. — Auch in Norwegen herrscht starke Spannung zwischen Arbeitern und Unternehmern, und in Schweden verläuft sich die Lage ebenfalls. In Arbeiterteilen glaubt man daher, daß die Unternehmung der drei nordländischen Länder sich geeinigt haben, gleichzeitig den Kampf aufzunehmen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 20. April 1911.

Ueber Militarismus und Sozialdemokratie

bricht am Sonnabend im großen Saal des Volksparks unser Genosse, Landtagsabgeordneter Siebmann. Dem mexikanischen Sachkenner des inneren Weltens des völkerverdrängenden Militarismus muß für keine Rede eine bedeutendere Zuhörerschaft aufgebracht werden. Darum fordere für guten Besuch!

Eine weitere gerichtliche Belehrung

über die Verteilung von Druckschriften erhielt die hiesige Polizei in der gestrigen Schöffengerichtssitzung. In letzter Zeit haben wir wiederholt berichtet, daß das entgeltliche Verteilen von Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen nach den Paragraphen 1 und 41 des alten preussischen Polizeigesetzes vom Jahre 1851 nicht zulässig ist. Die hiesige Polizei scheint in diesem Punkte sehr schwer belehrbar zu sein. Sie hat wiederholt generalkassatorische Flugdruckschriftenverleiher wiederrechtlich gesteuert und vor Gericht gebracht. Es wurde aber gegen die Stützer stets auf Freisprechung erkannt, da auch das Kammergericht in feststehender Praxis das entgeltliche Verteilen der Flugdruckschriften für erlaubt erklärt hat. Trotz alledem schreien Polizeibeamte auf dem ungesetzlichen Wege fort und befehlen nicht bloß sozialdemokratische, sondern auch andere Arbeiter, wie das folgende Fall zeigt. Der argentei beschuldigungslöse Schläger Arbeiter Heinrich Wehler wandte sich am 2. Februar d. J. um Freisprechung zu erhalten, an den Verein für Volkswahl. Er wurde von dem Verein nach Bureau des Volkswahlchatters geschickt, wo er den Auftrag erhielt, in der Fortstraße gegen Entschädigung Postamtstempel zu verteilen. Hier die geleistete Arbeit erhielt er eine Mark. Ein Polizist schritt gegen ihn ein und erbatte Anzeige. Der Arbeiter erhielt eine Strafverfügung, gegen die er nun gerichtliche Entscheidung beantragt. Auf Antrag des Amtsanwalts erfolgte nun Ps Freisprechung aus dem bereits erwähnten Gründen.

Es wird nun aber die höchste Zeit, daß die Polizisten über diese unberechtigten Eingriffe einmal gründlich belehrt werden, damit Freisprechungen der Arbeiter nicht weiter eintreten. Durch die Vernehmungen und unwilligen Scherereien werden die Arbeiter, die erwerbslos sind und müssen, geschädigt. Wenn die Polizei ihr ungerechtfertigtes Tun nicht unterläßt, sollte den Beamten, die solche Störungen veranlassen, die Termins- und Verfallstrafen der Angeklagten auferlegt werden. Vielleicht hilft das.

Der „Klassenhaß“ der Halleischen Zeitung.

Daß harte Tatsachen des kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes das aufreizende Propagandamaterial sind, das die Halleische Zeitung, so sehr sie auch nachhint, bestritten. Sie drückt eine Gegenüberstellung von Zeitungsnutzen über Reichum und Gend, die wir am Donnerstag hielten, ab. Und während wir als Epigramme nur die Worte Zwei Welten brachten, nennt die Halleische Zeitung diese Tatsachen treffend — kaum glaublich, aber wahr — Aufreizung

zum Klassenhaß. Doch dieser Anflug von Objektivität hat leider bei den Angelegten der Zunft nicht lange Bestand. Sie befinnen sich rechtzeitig auf ihre Pflicht, die bestehenden Klassen verteidigen zu müssen und hängen der Aufstellung einer traurigen Schwanz an, der den aufreizenden Klassenhaß besänftigen soll. Dieser ruppige Besänftigungsschwanz sieht so aus:

„In derselben Nummer kündigt die Geschäftsleitung des Volksparks zur Feier des Osterfestes zwei große Matineebegle. Frühjahrskonzerte und zwei große musikalische Abendunterhaltungen an, ferner gut zusammengestellte Menus à 1 M. und u. a. probierte, gute Weine in Flaschen und Karaffen.“ Nach diesem untrüglichen sozialdemokratischen Zeugnis bewegen sich also die wirtschaftlichen Verhältnisse der Genossen auf einer recht gefunden Mittellinie zwischen denen der englischen Millionäre und der Wiener Wärmehallenbesucher. Trotzdem wagt es die sozialdemokratische Presse, die obigen Gegenstände „zwei Welten“ immer wieder als für Deutschland typisch hinzustellen. Wann wird unsere intelligente Arbeiterschaft dieses lägenhafte Treiben durchschauen? Wann wird sie erkennen, daß gerade die Sozialdemokratie, indem sie die Klassenunterschiede legitimiert und das Verfallkapital mit Steuern verhöhet, immer neue Millionen schießt, daß die rote Presse, um mit dem Volkssatz zu reden, hauptsächlich von den fetten Angelegenheiten eben dieser Warenhäuser „ausgelassen“ wird, daß die sozialdemokratische Partei ihre Unabgängigkeit gegenüber der goldenen Internationale längst eingestanden hat!

Arme Häfcher das, die stets zu Verbrechen greifen müssen, um ihr trauriges Gewerbe auszuführen. Wenn in Halle und einigen anderen Großstädten organisierte Arbeiter sich an Feiertagen musikalische Unterhaltungen gönnen, und wenn ein paar Duzend von ihnen einmal eine Nacht für ein Festtagsnachtsfest ausgeben können, denn muß das dem ernstlichen Internationalen Proletariat herhalten zur Begleitung der frohen Gesänge zwischen der großen Menge darberber Proletariat und der immer reicher werdenden Ausbeuterklasse. Mit solchem Geschreibsel schafft man die aufreizende Tatsache, daß die Arbeiter der Halleischen Zeitungsmacher, die Zunft, jährlich Hunderte von Millionen dem Volke durch die Fleisch- und Broterzeugung abnehmen, nicht aus der Welt, und die Mißstände dieser Arbeiter in dem gefährlichen Glend der Arbeitermutter und dem, ausgebeuteten Heiligen Verzeht von Pferde- und Bundesfleisch ist unbekannt.

Was das Parteien weiter schreibt über unsere Abhängigkeit von den goldenen Internationalen, um unsere fetten Angelegenheiten herbeizurufen, Kammern, die uns Erbfeinde des Kapitalismus nicht treffen können, dafür aber die schändlichsten Aufwärmer in ihrer Unbeschliffenheit lächerlich machen, und die schließlich nur von dem ohnmächtigen Volk zeugen, den die konservativen Abtreibenden die Kräfte emporenwachsen, den Achtung erwerbenden Arbeiterinstitutionen hegen.

Zum Räte Span-Abend im Volkspark.

Die achtzehnjährige Rante, das Lieblingsinstrument unserer Voretern im 15. bis 17. Jahrhundert, ja das wichtigste Orchesterinstrument vor dem Ausflügen des Geigenpfeifers, feiert neuerdings eine erfolgreiche Aneignung. Neben Owen Scholander, Robert Rothe und Frau Volkswahlson ist es besonders auch Räte Span, welche die achtzehnjährige Rante des Rautenpfeifers von Halle näher bringt. Schon die alten Spanner hatten ihre Rante, die Rauten sich, und wie Rautenpfeifern zeigen, sich großer Beliebtheit erfreute. Aber besonders waren es die Araber, die das Instrument üben und es nach Unteritalien und Spanien brachten. Vor ungefähr vier Jahrhunderten hatte die Rante ihre Blütezeit. Sie spielte damals dieselbe Rolle wie heutzutage das Klavier: es gab in deutschen Ländern wie in Italien wohl kein Haus, in dem sie nicht zu finden gewesen wäre. Vielleicht läßt eine Aneignung der Rante die Hoffnungen erfüllen, die man seinerzeit an die Einführung der Rute und des viel zu kostspieligen Rautenpfeifers gesetzt hatte. Das Bedürfnis nach mehrstimmiger Instrumentalmusik ruht in jedem muskelpfänglichen Menschen. Vielleicht ergibt sich die Renaissance der Rautenpfeiferei das gelobte Land einer neuen, modernen Musikwelt. Und es wird, wie immer sich die Verhältnisse entwickeln mögen, alle willkommen zu heißen, die sich des Rautenpfeifers befleißigen.

Frau Räte Span, die wir nächsten Mittwoch, den 28. April, zu hören Gelegenheit haben werden, kommt vom Ausland herüber und unterzieht ihre sehr willkommene Vorträge durch weitverbreitete Rauten und belebendes, doch nicht ausdrücklich wirkendes Gesellenpiel. Der Dichter Guitano hätte sicher an Räte Span: „... ich muß Ihnen noch denken für den großen Genuß, den Ihre feine Kunst mir wiederholt bereitet hat. Großartigkeit und Humor sind Ihnen eigen und Geschmack in der Wahl Ihres Programms. Besonders Ihre Wiedererlebungen finde ich lohnlich. Möge Ihnen überall der verdienteste Beifall und Erfolg werden.“

Die Halleische Arbeiterschaft wird es verheßen — so hoffen wir — die geleistete Künstlerin durch einen regen Besuch zu ehren. Dieser Abend beschließt dann die Veranstaltung des Bildungsanstaltens in dieser Saison.

Eintunabstufungen (à 30 Pf.) sind noch in den besetzten Stellen zu haben.

Beschlüsse des Rätigen Bauausstufens.

Der Bauausstufend schließlich die Verteilung des Schulgarens von der Hutenstraße nach dem Gaißenberg. Die baulichen Kosten für diese neue Einrichtung betragen 27 300 M. Der Schulgarten an der Hutenstraße wird zum Südrückhof geschlagen. — Der Ausbau eines fünfminütigen zur Trochstraße 2 fallenden Gassenlandes (ca. 14 Quadratmeter à 10 M.) wurde antragsgemäß beschlossen. Die Erbauung einer Kobleinförderungsanlage auf dem Schlags- und Schlagsbergensanlage 12 000 M. betragen, wurde genehmigt. Die Mittel werden aus dem Ertragsplan des geschlossenen Kreislaufs bewilligt. — Der Bau eines zweiten Ziegenbundes von Zoologischen Garten bis zum Angewandten für etwa 10 000 M. wurde bewilligt. Auf dem Gaiße sollen die Straßenbahnwagen bei Festlichkeiten aufgestellt werden können. Die Verteilung des Arbeitsplatzes des Bergins für Holzmann nach dem Platz beim Tierpark wurde beschlossen. Die Verengung und ein Umbau erfordern 8000 M. Ausgaben. Dieser Betrag wird vom Verein für Volkswahl mit 4 Prozent verzinst und mit 2 Prozent fürs Jahr amortisiert. Beschlossen wurde noch, auf dem Platz einen Aufenthaltsraum für die reisenden Bauarbeiter zu errichten, was 10 000 M. kosten wird, wozu die

Proving 3' gehalten muß. Die Pfundlinienänderung für den Wasserweg an der Mauergründung wurde genehmigt; ebenso eine Pfundlinienänderung der Mauerlinie. Ein Pfundlinienplan für die Erdichtung eines 8' hohen Erdwalls in der Höhe der Geländeoberfläche wurde genehmigt. Es handelt sich um den Erwerb von 24 075 Quadratmetern Land, was einen Flächenanwachs von 216 000 M² verurteilt. Der Spielplatz erhält eine Größe von 4130 Quadratmetern. Die Höhen für das Land und die Höhen für den Ausbau der Straße betrachten. Schließlich wurde noch der Ausbau der Feldstraße nach Vorlage beschlossen.

Historischer Tageskalender für Halle.

21. April.
1539. Der erste Nachwächter tritt in Dienst.

* Was sind Briefe? Eine Leipziger Ellisten-Gesellschaft soll gegen das Postgesetz verstoßen haben, weil sie von Leipzig nach Halle Briefe geschickt hat, für die das entsprechende Porto nicht bezahlt worden war. Es wurden Benachteiligungen von Leipzig nach Halle und umgekehrt verurteilt. Die Briefe waren die Zutreffende waren. Die Interessierten wurden sich am dem gleichen Tage, an dem die Mienen stattfanden, von dem Ergebnis durch einen Sportverlag in Kenntnis gesetzt. Der hinterlegte Sportverlag wurde auf 14.80 M² festgesetzt. Das Postamtgericht, das sich mit diesem Fall beschäftigt hat, hat die Sendungen nicht als Briefe an und sprach die Beteiligten frei, da die Post den Begriff "Briefe" verstanden habe; nur ein empfangener Postbrief — in diesem Falle Sportverlag — sollte nach dem Sportverlag in Kenntnis gesetzt werden. Die Strafkammer teilte sich auf demselben Standpunkt und beschloß das freisprechende Urteil.

* Die Gewerbegerichtsbeiräte trafen am 19. April bei Strecker ihre Monatsversammlung ab. Zunächst erörterte Gewerbebeiräte einen Bericht über die Verhandlungen des Gewerbebeirats am 28. März und 4. April. Über einige interessante Fälle enthielt sich ein Diskurs. Weiter besprach man die Angelegenheit des Gewerbebeirats über Streitigkeiten aus Lohnarbeiten, wenn in diesen Fällen Schlichtungskommissionen vorgehen. Solche Kommissionen können nur dann einen Beschlichter endgültig entscheiden, wenn sie aus gleichberechtigten Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter und einen unparteiischen Vorsitzenden zusammengesetzt sind. Die Beratungen über die Sitzungen des Gewerbebeirats am 28. Februar, 7. 14. und 21. März 11. und 19. April mußten ausfallen, da die Vorsitzenden nicht anwesend waren. In Frage kommen die Gewerbebeiräte, sagt Ferdinand und Wendt. Weiter wurde festgestellt, daß die Gewerbebeiräte am 21. März in diesem Jahre überhaupt nicht die Verhandlungen der Weisheit besucht haben. Man war der Meinung, daß die Zusammenkünfte unter allen Umständen besser besucht werden müßten. Anwesend waren nur 13 Personen.

* Kinderhilfe-Vereinigung am 3. April 1911. In der Vereinsversammlung wurde mitgeteilt, daß die Vermögensverhältnisse aller Ämter rechtlich seien und zwar: 1. 1/2 M² müssen von 1/2 bis 1 1/2 M² auf fünf Straßenplätzen, 2. 1/2 M² mit fünf kleineren Gebäuden von 1/2 bis 1 1/2 M² in verschiedenen großen Gebäuden, 3. 1/2 M² mit fünf kleineren Gebäuden, 4. 1/2 M² mit fünf kleineren Gebäuden im Stadtteil der Wallstraße und Apollo, mehrere große Instrumentalfabrikate unter Mithilfe von Männern, Kindern und Gefangenen. Zahlreiche Zeugen von Kapellen, Vereinen, Schulen und Lokalbehörden sind bereits eingegangen. Der Rechnungs- und Verwaltungsausschuss in die Verwaltung des Kinderhilfe-Vereins liegen.

* Wegen Förderung der Defektion ist am 23. Februar vom Landgericht Halle a. S. der Malermeister Paul Sch. gegen den am Mittwoch Revisionenverhandlung vor dem Reichsgericht war, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Im Juni vorigen Jahres wurden die Heften des Militärarrestanten in Halle durch Besitzen des Malermeisters P. fälschlich gefälscht. Es wurde verurteilt, sie im Hofe zu verbrennen. P. fand sie dort, durchkäufte das Heft und gelangte durch den Vorkauf durch den Malermeister. Durch Lieberleiter der Mauer gelangte er in die Freiheit. Erst nach etwa fünf Monaten wurde er wieder ergriffen und ihm mit seinem Helfer der Prozess gemacht. Sch. hat nun gegen seine Verurteilung Revision eingeleitet. Er war zu ihrer Begründung persönlich vor dem Reichsgericht erschienen und befristet entschieden, dem V. zur Strafe verurteilt zu haben; er ist 40 Jahre alt und noch nicht bestraft worden. Das Reichsgericht konnte sich jedoch nur auf den von der Strafkammer im Urteil festgestellten Sachverhalt stützen und erkannte auf Revision in der Revision, da ein Rechtsirrtum in dem Urteil nicht ersichtlich war.

* Von der Arbeiter-Samariter-Kolonie. Eine öffentliche Prüfung der Kursteilnehmer vom Wintersemester findet am morgigen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in den Refektorien zusammen der goldenen Halle. Herr Max H. hat alle Anträge, besonders die organisierten Arbeiterkreise, freundlich eingeladen. Die Aufnahme der Prüfung erfolgt durch Herrn Dr. med. G. Urbatis. Der neue Sommerkursus beginnt am 5. Mai in der Stätte am Alten Markt.

* Stadttheater. Am Freitag noch Benefiz für Regisseur Walter Sieg zusammen mit Masquas Cavalleria rusticana Glaube und Heimat von Schönher in Szene. Dem beliebten Regisseur, der erst jüngst wieder größte Anerkennung bei der Aufführung des Faust fand, ist ein festes Lohn in Gestalt eines außerordentlichen Aufwandes zum nächsten Sonntagabend wird Faust zum letzten Male gegeben. Eine Wiederholung ist nicht möglich, weil die Opernspielzeit am 30. April schließt und das Werk die Wirtin des Chors und des Chorgesangs besetzt. Die Volksoberleitung am Sonntag nachmittags Minna von Barnheim nach auswärts bereits um 2 Uhr beginnt, da das Opernspielzeit Freitag und Solde um 8 Uhr anfängt.

* Ein Gutsheuer Verfallener umgekommen. Nach einer Dresdener Meldung ist Kaufmann v. Oidmann, der Führer des in Dresden verunfallten Kallons Nordbahn, seinen Verletzungen erlegen. Der Verunglückte, über dessen großes Vermögen noch vorgelegten ausführlich berichtet, hand beim letzten Jahr in der Regiments 75.

* Vom Tode des Grafen getötet. Am Dienstag nachmittag wurde ein in der Nähe des Elektrizitätswerks beim Spielen in die Gasse gefallener dreijähriger Knabe, obwohl er schon einige Meter vom Ufer abgetrieben war, noch durch einen Schußtodes tödlich getötet. Der Besessene ist der elfjährige Hermann Rauh, wohnhaft Naubstraße 33. — An der Waldenstraße fiel ebenfalls am Dienstag nachmittag ein alterer Mann, der seinen im Wasser fallenden Hut erhalten wollte, in die Gasse. Er wurde von einem Passanten gerufen und getötet. Da er des Schwimmens unfähig ist, hatte der Mann schon sehr kurz Wasser geschluckt.

* Ein Kind an Brandbrennen gestorben. Das einjährige Kind des Schlossers Geiler, hier, fiel am Sonntagabend im Tische herab in ein heißes Wasser gefüllte Badewanne. Es verbrannte sich so arg, daß es am Sonntag an den Verletzungen starb.

* Feuer auf der Straße. Gestern nachmittags löste sich in der Verlehrsstraße der Dach eines Petroleummagazins, worauf sich die Mithilfe auf die Straße ergab. Einige Kinder, die den Vorgang beobachteten, hatten Streichhölzer herbei, zündeten sie an und warfen sie dann in die Mithilfe hinein, aus der eine hohe Flamme emporstieg. Durch einige Eimer Wasser konnte das Feuer jedoch bald erlosch werden.

* Strafkammer. Heute vormittag sollte ein Mafelerschläger, welcher den Verlehrsstraße mitfährt, an der Gasse Verlehrsstraße von einem Wagen der Stadtbahn absteigen, als im nächsten Tempo ein Gestalt vorbeifuhr und ihn umriß. Er wurde zu Boden und schmitzt sich mit den Gliedmaßen in die Gasse. Nach Abbindung der Wundtaten mußte er in ärztliche Behandlung gebracht werden.

* Böhm. Neue Braunkohlenlager. Am Südbahnhof bei Burgleben wurden umfangreiche Braunkohlenlager von bescheidender Wichtigkeit eröffnet. Die Schichtverhältnisse sind schon seit einigen Tagen in vollem Gange.

* Böhm. In der Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde über die Verhandlungen über das Arbeitergesetz berichtet. Betreffs der Revision wurde beschlossen, am 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen, an der sich ein gemeinsames Beschlüssen entscheiden soll. Es wurde mitgeteilt, daß der Gemeinderat Langrod jede Unterhandlung mit der Sozialkommission abgelehnt hat. Mehrere Redner betonten, daß sich immer noch Sonntagsgasse, hauptsächlich aus Halle, bei Langrod einfinden. Besonders sei das Personal einiger Warenhäuser dem Beschlüssen ablehnen, und dadurch der künftigen Arbeiterchaft den Kampf erschweren. Die kommenden Preisanstrengungen müßten einem jeden denkenden Arbeiter dazu anspornen, den Sozialkampf durchzuführen. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

* Könnern. Sonntag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Bürgergarten statt. Einen recht zahlreichen Besuch erwartet. Die Schriftleitung.

Aus den Nachbarkreisen.

Die Grubenhospitalien wollen ganz machen!
In der vergangenen Woche macht der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein zur Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau folgende Mitteilungen:

Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist sich mehr und mehr zu. So sind unter den Befehlshoffen der Braunkohlenwerke bereits Kündigungszettel verteilt worden, die am 20. v. M. eingereicht werden sollen.

Wenn die Deutscher Arbeiterführer die Befehlshoffen der Braunkohlenwerke jetzt zu einer Arbeitsübernahme anrufen, so treiben sie ein geradezu feindseliges Spiel. In der Ablehnung des eingereichten Tarifvertrages halten alle Braunkohlenwerke im Königreich Sachsen, in Sachsen-Altenburg, in der Provinz Sachsen und in Braunschweig einmütig zusammen. Geschlossen steht auch der gesamte deutsche Bergbau in der unbedingten Ablehnung des Lohnantrags auf ihrer Seite. Der Kampf würde von den Arbeitern unter ihrer ungünstigen Bedingungen aufgenommen werden. Neben den großen Braunkohlenbetriebsvorkäufen im Gebiete der Lohnbewegung lagen geradezu sieben hundert Vorkäufe in der Niederlausitz, trotzdem schon seit vielen Monaten

fort mit einer 15-prozentigen Höherberechnung gearbeitet wird. Am 1. Januar waren nicht weniger als 314 000 Tonnen und am 1. April nicht weniger als 423 000 Tonnen Breißeil allein bei den Grubenbetriebswerken. Diese Mengen würden natürlich sofort als Erholungsleistung herangezogen werden, wenn es zum Ausstehen kommen sollte; sie können noch ganz erheblich veräußert werden, wenn die Einschränkung aufgehoben würde. Ferner sind die Braunkohlenwerke im Ausstehengebiete heute besser als früher gegen die Folgen eines Streiks geschützt, denn die Zahl der Zombanten, aus denen mit ungelerten Arbeitern leicht große Streikmengen gewonnen werden können, ist beträchtlich gesunken.

Es soll durch diesen Waf den Braunkohlenbetriebe ein gehöriger Schaden eingetaut werden, das steht fest. Und deshalb ist dem offiziellen Schlichtungsausschuss ein großer Wert beizumessen. Daß sich die Lage immer mehr zuspitzt, trifft zu; die Bergarbeiter werden aber nicht durch die Führer zur Arbeitsübernahme aufgezwungen, sondern durch das schmerzliche, jede Verbesserung ablehnende Verhalten der glänzenden Arbeiterführer machen Bergwerke. Welche ist vielmehr, daß die Bergarbeiterführer zu maßgebend Vorgehen getrieben haben und vor Unbildenbetriebe dringend warnen. Die großen Hilfsleistungen können also nur den einen Zweck haben, die öffentliche Meinung gleich von vornherein über die Ursachen der Bewegung zu beklammern. Trieblos Ziel wird also nur auf Seiten der Braunkohlenbetriebe getrieben. Die Unternehmer einmütig zusammengekommen werden, haben die Arbeiter gemüßt, sitzen weiter aber auch, daß die gesamte Arbeiterchaft ebenfalls hinter ihnen steht und ihre Forderungen nach Kräfte unterwirft. Die Entscheidung darüber, ob der Zeitpunkt zur Lohnbewegung günstig ist oder nicht, überlassen man gefälligst den Arbeitern; oder lassen sie erst bei den Grubenherren alleruntertänigst anfragen, ob jetzt getätigt werden darf? Deshalb muß man den Grubenbetriebe dafür sein, daß sie ihre Arbeits, ungelerten Arbeiter in die Zombanten zu laden, schon jetzt kundtun. Die Bergarbeiter werden deshalb schon jetzt Maßnahmen zu treffen wissen, um einen Massenstreik von Streikbrechern zu verhindern. In einigen Bergwerken haben die Bergarbeiter, der Antwort der Grubenverwaltungen ferneist Stellung genommen. Der Kampf ist unvermeidlich, da auch die so lange so teilnahmslos dahinkommenden Braunkohlenbetriebe die Barole aufnehmen: Sod die Demagogie, hoch die Solidarität!

* Glödenburg. In der sogenannten Verhöhnung, mit der aus getrieben die Glödenburger Schornföcher unter Mithilfe des Verhöhnungsbüros, wird aus gefordert. Man hat 3 zur richtigen Würdigung der Verhöhnung die Rechte der Klagen halten, daß der Direktor Müller von allem Anfang an vor Augen durchblinden ließ, daß er den Arbeitern kein entgegenkommen würde, doch er aber vollständig abhängig sei von dem Einflusse der Glödenburger Arbeitgeberverbände. Es schloß sich auch nur die Meinung, daß die Verhöhnung schriftlich fixiert werden, während Herr Müller alle anderen Versprechungen mündlich verbreitet hat. Wenn jetzt verurteilt wird, diese Dinge abzutreiben, so beweist das nur, daß man von vornherein die Absicht gehabt hat, die Arbeiter zu betrügen. Doch läßt sich die Forderung erden. Nach unseren Informationen werden es allerdings zu, daß die Klagen der Arbeiter, die den Kampf bewilligt werden ist. Der Zweck dieses „Entgegenkommens“ war wohl, die Arbeiter zur Preisgabe des Streikrechts, um das sich der ganze Kampf dreht, gezwungen zu machen. Allerdings steht in den schriftlichen Abmachungen nur, daß die Einstellung der Arbeiter nach Bedarf und den Bedürfnissen des Betriebs erfolgen solle. Mündlich hat Herr Direktor Müller aber auf eine Abkündigung ausdrücklich erklärt, daß in unferne 14 Tagen die Sache erledigt sei. Daß der Kommission erklärt worden sei, daß 8 bis 100 Leute nicht wieder eingestellt werden könnten, ist unklar. Diese Mitteilung ist erst in einem Briefe eingegangen, den die Kommission mitgeteilt worden, und zwar erst nachträglich, nachdem die Grubenbetriebe offen mit ihrem Wortbruch eingestanden.

Was die Entlassung des Streikbrecher anbetrifft, so hat der Direktor der Kommission erklärt, daß die „Damburger“ selbstverständlich entlassen würden. Er hat die Kommission sogar auf die Forderung, ihm bis nachmittags 5 Uhr Befehl zu geben, ob die Arbeiter die Forderungen annehmen, damit kann noch den „Damburgern“ für den 3. Freitag gefordert werden sein. Die Kommission hat nachmittags auch die Zustimmung der Arbeiter gebracht. Herr Müller hat aber sein Verbrechen nicht erfüllt und den Streikbrechern gefälligst, sondern am Tage nachher in seiner Schrift erklärt, daß er noch einen neuen Entwurf herausgeben in Hamburg befehligt habe, der die Woche nach den Freitag eintrifft solle. Wenn Herr Direktor Müller das abbrechen sollte, können wir ihm ganz unüberdächtige Rufen bringen. Weiter hat Herr Direktor Müller ausdrücklich erklärt, daß der „nationale“ Kampf nicht mehr benutzt werden solle, und daß damit begründet, daß für Glödenburg die Gründung eines paritätischen Nachweises geplant sei. Das ist nicht nur jetzt, sondern bereits bei den ersten Verhandlungen ausgehandelt worden. In den Abmachungen heißt es ferner, daß die Abkündigung an der Arbeitsstelle nicht betrieben werden solle. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Abkündigung von beiden Seiten damit gemeint war. Wenn Herr Direktor Müller jetzt diese Abkündigung andeß auslegen will, so zeigt das wiederum nur, daß er bei den ganzen Verhandlungen nur die Arbeiter täuschen wollte. Aus dem Wortbruch, den die Direktion der Zellulosefabrik begangen hat, geht hervor, daß sich die Schornföcher nach Kräfte

Unsere Spezial-Abteilung

Kleiderstoffe

bietet in bezug auf Auswahl, Qualitäten und Preiswürdigkeit die grössten Vorteile.

Riesensortimente dichter und klarer Gewebe in den neuesten Farben. — Aparte Neuheiten in Wollmusselinen und Waschstoffen, wollenen Kostüm-, Kleider- und Blusenstoffen — von einfachen bis hochelegantesten Arten in jeder Geschmacksrichtung. — Hervorragend schöne Sidenstoffe, halbfertige Roben und Blusen zu bekannt allerbilligsten festen Preisen.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstr. 22. 23.



Walhalla-Theater

Direktor u. Donator: Paul Göttingen.

Freitag zum 26. Male die April-Sensation:
Das Mädchen auf Irrwegen.
 Gewöhnliche Preise. — Anfang 8 1/4 Uhr.
 Sonnabend zum letzten Male: Das Mädchen auf Irrwegen.

Ich empfehle besonders:
 1 Mandel **Eier** und Grösse und
 prima Qualität **75**
 goldfrische wie zum **90** Bfa. mit
 Trink-Feste zu 5% Rabatt.
 Garantiert **Molkerei-Butter 65 60** Bfa. mit
 H. reine 5% Rab.
 ferner empfehle das Allerfeinste was es gibt.

Leipzig's grösste, feinste Spezialität **Erdbeer-Butter 72** Bfa. 5% Rab.
 Bei Einkauf Freitag gratis zur Probe für
 von 1/2 Pfund 10 Pfg. von
 zu 65-60 oder 72 Pfg. **Sonnabend** und **Tafel-Butter**
 erhält jede Hausfrau **Ersatz-Margarine**,
 damit auch die betreffenden Hausfrauen, welche bisher
 nur Molkerei-Butter verwendeten, die heute welt-
 berühmte Qualität meiner Spezialmarke ohne weiteres
 (ohne Extra-Ausgaben dahin zu machen) unter allen
 Umständen kennen lernen.

1000 Mark

Kommen an 6 Stellen zur Verteilung.
 1 Einsender 500 Mark und 5 Einsender je 100 Mark.
 Verlangen Sie bitte hierüber alles Nähere in meinen
 Geschäftsbriefen; für meine Kunden bemerke, daß nähere
 Angaben aus jedem 1/2 Pfund-Paket obiger Qualität
 (1/2 Pfund 48 Bfa.) angebracht sind.

Albert Knäusel.

Billige Bezugsquelle bleibt
Berndorffs Posamenten-, Weiss- u. Wollwaren-
 Geschäft, Geiltsstrasse 22.
 Sie kaufen
 Kragen, Schlipse, Hosenträger, Servi-
 teure, bunte Garanturen sportlich.
 Schürzen, Strümpfe, Handschuhe, Kor-
 setts, Röcke,
 Strohhüte für Kinder sehr billig.

Sieeben erschienen:
Maifestzeitungen
 reich illustriert
 Berliner 10 Pfg.
 Wiener 20 Pfg.
 Sie beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S.,
 Burg 42/43.

Ziehung bereits 22. u. 23. Mai 1911.

1 Mark das Los. **1** Mark das Los.

21. Magdeburger Pferde-Verlosung.
 = Günstigste 1 Mark-Lotterie =

2300 Gewinne im Werte von M. 57000	
1 Equip. m. 2 Pferden M. 6000	30 Fahrrad M. 5100
1 Equip. m. 2 Pferden M. 4000	12 selt. Best. a 50 M. M. 1030
1 Equip. m. 2 Pferden M. 3000	100 selt. Best. a 15 M. M. 1500
1 Sildw. m. 1 Pferd M. 2000	500 selt. Essigkettl a 8 M. M. 4400
20 Pferde M. 22000	1504 selt. Löffel a 5 M. M. 7920

Lose à 1 Mk. Plakate anhängen.

Mekulatur hat absgeben **Halle'sche Genossenschafts-Druckerei.**



Arbeiter-Bildungs-Ausschuss

Halle an der Saale.

Mittwoch den 26. April abends 8 1/2 Uhr
 im grossen Saale des Volksparkes singt

Käthe Hyan

Lieder eines fahrenden Fräuleins —
 Märchen von Wihl. Schulz — Handwerks-
 burschen- und Biedermeier-Lieder zur
 Laute, Gitarre und Klavier.

Einladungskarten an den bekannten Stellen
 inkl. Billetsteuer 30 Pfg.

Bitterfeld. Achtung! Bitterfeld.

Sonnabend den 22. April, abends 8 1/2 Uhr,
 :: im Restaurant „Hohenzollern“ ::

Öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung:
 Die Reichsversicherungs-Ordnung vor dem Deutschen Reichstag.
 Referent: Bezirkssekretär Weims-Magdeburg.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung laden wir die Angehörigen
 aller Bevölkerungsschichten, vor allem die Herren Unternehmer, die Herren Vor-
 stände der freien Hilfskassen und alle Krankentassenvertreter hierzu freundlichst ein.
 Der Einberufer.

Verband d. Fabrikarbeiter Dtschl., Zahlstelle Halle S.

Telephon 2766. — Bürozeitung von 11 bis 1 vormittags und 5 bis 7 nachmittags.
 Nächsten Sonntag den 23. April nachmittags Punkt 1/2 3 Uhr im „Volkspark“

General-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht, sowie Bericht der Revisoren.
 2. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten zum 8. Gewerkschaftskongress.
 3. Anträge und Stellungnahme hierzu. (Die Anträge sind durch Handzettel bekannt gegeben.)
 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden
 unter allen Umständen zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich 1/2 3 Uhr eröffnet, da der
 Saal von 6 Uhr an anderweitig besetzt wird.

Die Ortsverwaltung.

Meine unübertroffenen deutschen Nähmaschinen

verkaufe ich ohne Agenten; die erparnten Agentengebühren
 kommen dem Käufer zugute.
 Stelle meine Maschinen gern neben die amerikanischen Singer-Maschine
 zur Ansicht und Probe.
 Man verlange meine Preisliste, bevor man durch einen Agenten kauft

H. Schöning,

Große Steinstraße 69. — Gegründet 1837

Alleinverkauf der weltberühmten Naumann- u. Schöning-Nähmaschinen.

Arbeitsmarkt

Zünftige Weibnäherinnen
 f. bessere Damenwäsche finden
 außer dem Hause da u. runde
 Beschäftigung.

Krummer & Benjamin,
 Gr. Ulrichstr. 22/23.

Delizisch.

Austräger für das Volksblatt
 für Delizisch und Umgegend.
 Redaktionen sind bis 25. April schriftlich einzureichen bei
 Richard Köhler, Bismarckstraße 12, III.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
 Abends 8 Uhr:
 Mit beispiellosem Erfolge:
Polnische Wirtschaft.
 Tausendfache Besuche m. Gelang
 und Lang in 3 Akten von
 Krantz und Oskowsky.
 Musik von Jan Albert.
 Gewöhnl. Preise. Vorverkauf
 zu ermäßigten Preisen i. d.
 bekannten Geisbüthen.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rath M. Richards.
 — Fernruf 1181. —

Freitag den 21. April:
 210. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.
 Benefiz für Regisseur Walter Slog
 Novall. Zum 11. Male: Novall's
Glaube und Heimat.
 Die Tragödie eines Volkes in
 3 Akten von Karl Schönberr.
 Vorher:
Cavalleria rusticana.
 Oper in 1 Aufzuge
 von Pietro Mascagni.
 Aufführung 7 Uhr.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.

Sonnabend den 22. April 1911:
 211. Vorstellung i. Ab. 3. Viertel.
 Neu einstudiert:
Faust (I. Teil).
 Tragödie in 6 Akten von J. W.
 v. Goethe. Musik von A. Reibel.

Tonbild-Bühne

Schmeerstr. 25.
 Kunst, Wissenschaft, Ernst u.
 Humor.

Der Sensationsschlag der dieser
 Woche ist nur in der
Tonbild-Bühne
 zu sehen.

Versuchungen der Großstadt.

Spieldauer zirka 1 Stunde.
 Dieses Drama ist das beste
 auf dem
 Gebiete der Kinematographie.

Ernst Haecckel

Volksausgabe. Preis 1 M.
 Volksbuchhandl., Burg 42/43.

Freitag
Schlachtfest.
 Fr. Peters,
 Blumenlohrstr. 27.

Jeden Freitag
Schlachtfest.
 G. A. H. H. K.,
 J. Ködiger,
 Unterplan 7.

Freitag
Schlachtfest.
 Siebenauerstraße 5.

Jeden Freitag
Schlachtfest.

H. Hof, Weber u. Schwarzen
 wuch 55 Bfa., Gedächtnis
 und Brautmarkt 90 Bfa.

Rich. Kaul,

Bornhardstr. 57.

Morgen, Freitag
Schlachtfest:
 Robert Lüdke,
 Gauschstraße 71.

Jeden Freitag:
Schlachte-Fest.

Max Spira, Diemitz.
 Wilhelm Verndtstraße 1.

„Fährhof“, Mucrena.

Sonnabend:
Schlachte-Fest.

Sonntag: **Wurstauskegeln.**